

Indikatoren A: Kontext des Schul- und Bildungswesens

Konrad Oberwimmer, David Baumegger & Stefan Vogtenhuber

A

Die Indikatoren zum Kontext des Schul- und Bildungswesens beschreiben Faktoren, die zwar außerhalb der Kontrolle der Handelnden des Bildungssystems liegen, aber wesentlichen Einfluss auf die Gestaltung des Bildungswesens haben und die Möglichkeiten der Bildungspolitik somit einschränken oder auch erweitern. Der Abschnitt beinhaltet Indikatoren zur Demografie, zum sozioökonomischen Hintergrund der Schüler/innen inklusive des Bildungsstands der Eltern und des Migrationshintergrunds und zu den staatlichen Bildungsausgaben vor dem Hintergrund der wichtigsten volkswirtschaftlichen Indikatoren.

Indikator A1 beschreibt die demografische Struktur und Dynamik Österreichs. Die Faktoren wirken sich sowohl auf die verfügbaren Ressourcen als auch auf die Bildungsnachfrage aus. Während in vielen europäischen Ländern die Bevölkerung schrumpft, wird für Österreich mittel- und langfristig mit einem Bevölkerungswachstum gerechnet, das hauptsächlich auf die Zuwanderung zurückzuführen ist. Damit wird auch eine weitere Verschiebung der Zusammensetzung der Schülerschaft einhergehen. Letztere wird im Indikator A3 thematisiert, der die familiäre und soziale Herkunft der Volksschulkinder beschreibt.

Die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft steht in engem Zusammenhang mit den Möglichkeiten und Grenzen bildungspolitischer Planung und Gestaltung. Kennzahl A2 zeigt die Entwicklung der staatlichen Bildungsausgaben in Relation zur wichtigsten Größe der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) und zum gesamten Bereich der öffentlichen Finanzierung, den Staatsausgaben. Die Klassifizierung der Indikatoren zum Bildungsetat als Kontextindikator ist allerdings nicht unumstritten. Die Festlegung der Höhe der Bildungsausgaben ist das Ergebnis von Verhandlungen der Handelnden des Bildungssystems, der Regierung als Ganzes und der Vertreter der verantwortlichen Ministerien. Bildungsausgaben könnten daher als Inputindikator angesehen werden. Ausschlaggebend für die Einteilung als Kontextindikator ist, dass die Höhe des gesamten Budgets und der Staatseinnahmen nicht durch Handelnde des Bildungssystems kontrolliert wird und damit eine äußere Begrenzung darstellt, an der sich alle weiteren bildungspolitischen Entscheidungen orientieren müssen.

Die den Grafiken zugrunde liegenden Daten des Kapitels A stehen in einer Excel-Arbeitsmappe online zur weiteren Verwendung zur Verfügung. Teilweise finden sich dort auch weiterführende Daten bzw. Ergänzungen, wie z. B. Standardfehler zu Berechnungen, die auf Stichproben beruhen. Dieses Kapitel steht im PDF-Format online zur Verfügung.

Daten und Material: <http://doi.org/10.17888/nbb2018-1-A-dat>

Kapitel A: <http://doi.org/10.17888/nbb2018-1-A>

Diese URL und die entsprechenden DOI-Nummern sind dauerhaft eingerichtet und stehen unbefristet zur Verfügung.

Demografische Entwicklung

Die demografische Entwicklung in Österreich ist von einem anhaltenden Bevölkerungswachstum geprägt. Der Prognose zufolge wird die 9-Millionen-Marke bereits im Jahr 2020 oder kurz danach erreicht werden. Da die Geburtenbilanz relativ ausgeglichen ist, wächst die Bevölkerung hauptsächlich aufgrund des positiven internationalen Wanderungssaldos. Die Zuwanderung erfolgt dabei vorwiegend aus den südöstlichen EU-Ländern. Im Zuge der Fluchtbewegungen haben jedoch auch außereuropäische Regionen als Herkunftsländer an Bedeutung gewonnen (Indikator A1).

Das Bevölkerungswachstum führt zu einer erhöhten Bildungsnachfrage im gesamten Schulwesen. Auf der aggregierten Ebene im Bundesdurchschnitt sind die erwarteten Zuwächse in den schulspezifischen Altersgruppen moderat. Bis zum Jahr 2050 soll die Gruppe der 10- bis 14-Jährigen am stärksten wachsen (von 422.000 im Jahr 2016 auf 454.000). Für die Bevölkerung im typischen Volksschulalter sowie die Gruppe der 15- bis 19-Jährigen wird in den nächsten Jahrzehnten ein etwas geringeres Wachstum erwartet. In den vorschulischen Altersgruppen und bei den 20- bis 29-Jährigen soll hingegen ein leichter Rückgang erfolgen (Kennzahl A1.1).

Allerdings ist wie schon in der Vergangenheit auch die künftige Entwicklung von regionalen Unterschieden geprägt. Am Beispiel Wiens zeigt sich, dass der Bevölkerungszuwachs in den schulpflichtigen Altersjahrgängen sehr stark auf urbane Regionen konzentriert ist. So soll die Gruppe der 6- bis 14-Jährigen in Wien bis 2035 um fast 20 % wachsen. Dies entspricht etwa dem Wiener Wachstum in dieser Gruppe zwischen 1990 und 2015. Bei gleichbleibenden pädagogischen Bedingungen (Klassengrößen, Betreuungsrelationen) bedeutet dies kurz- bis mittelfristig einen erheblichen räumlichen und personellen Mehrbedarf (Kennzahl A1.2).

Neben dem Wachstum wirken sich die Veränderungen in den Herkunftsländern auf die Zusammensetzung der Schülerschaft und damit auf die pädagogischen Erfordernisse im Schulwesen aus. Österreichweit hat sich der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund von knapp 19 % im Jahr 2010 auf rund 22 % im Jahr 2017 erhöht. Der Anteil ist in Wien mit knapp 43 % fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt, in Kärnten beträgt er dagegen mit rund 12 % nur etwas mehr als die Hälfte des Bundesdurchschnitts (Kennzahl A1.3).

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Bildungsausgaben

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat sich nach dem krisenbedingten Einbruch im Jahr 2009 wieder erholt und ist in den letzten Jahren wieder etwas kräftiger gewachsen. Es liegt 2016 deutlich über dem Wert von 2008. Da das Bevölkerungswachstum aber höher war als das reale BIP-Wachstum, liegt das BIP pro Kopf im Jahr 2016 auf dem Vorkrisenniveau von 2008. Die staatlichen Bildungsausgaben sind kontinuierlich gewachsen. Für alle Bereiche der Bildung vom Elementar- bis zum Tertiärbereich wurden im Jahr 2016 insgesamt fast 19,7 Mrd. Euro aufgewendet (17,6 Mrd. Euro zu Preisen von 2010). Dies bedeutet eine Erhöhung der inflationsbereinigten staatlichen Bildungsausgaben um 34 % seit dem Jahr 2000. Im gleichen Zeitraum ist das BIP um 25 % gewachsen und das BIP pro Kopf um 14 %. Die Staatsquote, die die gesamten staatlichen Ausgaben als Anteil am BIP kennzeichnet, befindet sich nach dem krisenbedingten Anstieg im Jahr 2009 (54 %) im Jahr 2016 wieder auf dem Niveau des Jahres 2000 von knapp über 50 %. Das bedeutet, dass die Bildungsausgaben als Anteil am BIP sowie als Anteil an den gesamten Staatsausgaben gewachsen sind. Somit kommt der Bildung im Rahmen der staatlichen Aufgaben ein höherer Stellenwert zu (Kennzahl A2.1).

Im internationalen Vergleich sind die Bildungsausgaben in den nordischen Ländern Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden mit jeweils mehr als 7 % des BIP deutlich höher als in Österreich. Österreich befindet sich mit Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den Niederlanden im oberen Bereich zwischen 5,4 % und 5,7 % der anderen entwickelten Volkswirtschaften, etwas über dem Niveau Deutschlands und der Schweiz. In anderen wirtschaftlichen Kennzahlen hat sich Österreich im europäischen Vergleich überdurchschnittlich entwickelt. Dies betrifft insbesondere die Ausgaben für Forschung und Entwicklung, die im Jahr 2016 mehr als 50 % über dem EU-Durchschnitt lagen, während sie im Jahr 2000 nur knapp darüber waren. Die Erwerbsquote der 55- bis 64-Jährigen hat sich auch positiv entwickelt und nähert sich dem EU-Durchschnitt an. Die Arbeitslosenquote hat sich seit 2012 hingegen negativ entwickelt. War sie damals noch weniger als halb so hoch wie im EU-Durchschnitt, so erhöhte sich die Quote bis 2016 auf 70 % des EU-Niveaus (Kennzahl A2.2).

Bildungshintergrund, sozioökonomischer Status und Sprache der Schüler/innen

Fast die Hälfte der Eltern von Volksschulkindern verfügt über mittlere berufliche Bildung. Bei 27 % der Kinder hat zumindest ein Elternteil eine Hochschule abgeschlossen, bei weiteren 22 % eine Matura. Die Eltern von 6 % der Kinder haben maximal Pflichtschulabschluss. Dieser Anteil an Kindern aus bildungsfernen Elternhäusern ist unter Migrantinnen und Migranten mit 19 % deutlich erhöht, bei Einheimischen und bei Zuwanderern aus Deutschland beträgt dieser Anteil nur 3 % bzw. 4 % (Kennzahl A3.1).

Aufgrund des engen Zusammenhangs zwischen Bildung und Beruf spiegelt die Verteilung des beruflichen Status der Eltern von Volksschulkindern jene des Bildungshintergrunds insgesamt wider. Fast ein Drittel der Eltern sind als Führungskräfte bzw. in akademischen Berufen tätig, 19 % sind in technischen bzw. gleichrangigen nichttechnischen Berufen beschäftigt, 45 % im Handwerk, Büro oder Dienstleistungen und 5 % in Hilfsberufen. Auch der berufliche Status unterscheidet sich nach dem Migrationshintergrund, allerdings weniger stark als die Bildungsherkunft (Kennzahl A3.2).

40 % der Volksschulkinder in dicht besiedelten Gebieten haben Migrationshintergrund. Der Großteil davon sind Migrantinnen und Migranten der 1. Generation. In Wien ist der Anteil mit 45 % höher als im Durchschnitt der weiteren dicht besiedelten Gemeinden. Damit gehen hohe Anteile an Schülerinnen und Schülern einher, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Während in dicht besiedelten Gemeinden 38 % der Volksschüler/innen im Alltag ausschließlich eine andere Sprache als Deutsch sprechen (Wien: 42 %), sind es in Gemeinden mit mittlerer Besiedlungsdichte 20 % und in dünn besiedelten Gemeinden nur 6 %. Im Zeitverlauf ist neben einem steigenden Anteil an nichtdeutscher Alltagssprache auch eine zunehmende Heterogenität der Sprachen beobachtbar. Während die Anteile der bosnisch/kroatisch/serbisch sowie türkisch sprechenden Volksschüler/innen in den vergangenen zehn Jahren stabil geblieben sind, hat sich der Anteil anderer Sprachen deutlich erhöht (Kennzahlen A3.3 und A3.4).

Ein bildungsferner Hintergrund, ein niedriger sozioökonomischer Status der Familie sowie eine nichtdeutsche Alltagssprache erschweren jeweils für sich genommen den Bildungserfolg. Liegen mehrere dieser Faktoren gleichzeitig vor, so wird von einer Kumulation sozialer Risikofaktoren gesprochen, die einem erfolgreichen Bildungserwerb umso hinderlicher sein können. Der Anteil an Migrantinnen und Migranten, die zumindest einen sozialen Risikofaktor aufweisen, beträgt rund 80 %, wobei erwartungsgemäß die nichtdeutsche Muttersprache einen Großteil ausmacht. Etwa 20 % der Migrantinnen und Migranten weisen eine Kombination aus zwei Faktoren auf und auf 4 % treffen alle drei Faktoren zu (Kennzahl A3.5).

A1 Demografische Entwicklung

Knapp 9 Millionen
Einwohner/innen im Jahr
2020 in Österreich

Die demografische Entwicklung ist ein zentraler Kontextfaktor des Bildungswesens: Durch die Schulpflicht hängt die Nachfrage nach formaler Bildung für Kinder im schulpflichtigen Alter primär von der demografischen Entwicklung der entsprechenden Bevölkerungsgruppen ab.

Tabelle A1.a stellt zentrale Indikatoren der demografischen Entwicklung von 1970 bis 2050 dar. Nach einem Rückgang der Geburtenzahlen im Zeitraum von 1970 bis 2005 um etwa 34.000 lässt sich nach 2005 ein leichter Anstieg bei den Geburten festhalten. Ähnlich verhält es sich mit der Fertilitätsrate: Nach einem relativ starken Rückgang der Gesamtfertilitätsrate von 2,29 im Jahr 1970 auf 1,36 im Jahr 2000 steigt sie seither wieder leicht. Das durchschnittliche Fertilitätsalter erhöht sich der Prognose zufolge von derzeit 30,6 Jahren weiter und soll bis 2050 bei 32,5 Jahren liegen (1970: 26,7 Jahre). Gleichzeitig steigt die prognostizierte Lebenserwartung bis dahin auf 85,2 Jahre bei den Männern und auf 89,0 Jahre bei den Frauen (1970: Männer 66,5 Jahre, Frauen 73,4).

Neben der natürlichen Bevölkerungsveränderung, die aus Fertilität und Mortalität resultiert, wurde die Bevölkerungsentwicklung der letzten Jahrzehnte maßgeblich durch Zuwanderung aufgrund von Flucht und Migration geprägt. Die erste Welle des Zuzugs in die zweite Republik war die Arbeitsmigration in den 1960er Jahren. Der Zusammenbruch des Ostblocks im Jahr 1989 und die Kriege in Jugoslawien in den 1990er Jahren brachten eine hohe Zahl an Immigrantinnen und Immigranten, darunter viele Schutzsuchende, nach Österreich. Mit Beginn der 2000er Jahre kamen im Zuge des zweiten Tschetschenien-Kriegs sowie des Afghanistan-Kriegs viele Flüchtlinge aus Vorderasien nach Österreich. Den Höhepunkt erreichte der Zuzug im Jahr 2015, als rund eine Million Menschen durch Österreich zog, um in andere Länder, allen voran Deutschland, weiterzureisen, und rund 90.000 Menschen hierzulande Asyl beantragten. So betrug der internationale Wanderungssaldo (internationale Zu- und Abwanderung) im Jahr 2015 rund 113.000 Personen. Diese Mechanismen (natürliches Bevölkerungswachstum und Zuwanderung aufgrund von Flucht und Migration) führen im Hauptszenario der Bevölkerungsprognose dazu, dass Österreich um das Jahr 2020 eine Bevölkerung von rund 9 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern haben wird.

A1.1 Entwicklung in den bildungsspezifischen Altersgruppen

Erhöhte Bildungsnachfrage
in Pflicht- und
Sekundarschule durch
demografische Entwicklung

Abbildung A1.a zeigt die Bevölkerungsentwicklung in den bildungsspezifischen Altersgruppen zwischen 1990 und 2050. Der linke Teil der Abbildung zeigt die vergangene und prognostizierte Bevölkerungsentwicklung der bildungsspezifischen Altersgruppen in absoluten Zahlen, während im rechten Teil dieselbe Entwicklung zur Basis des Jahres 2017 dargestellt ist. Zunächst lässt sich festhalten, dass alle dargestellten Altersgruppen derzeit kleiner sind als im Jahr 1990. Von dieser Reduktion sind insbesondere die Altersgruppen der 15- bis 19-Jährigen (-62.000 Personen) und der 20- bis 29-Jährigen (-170.000 Personen) betroffen. So war im Jahr 1990 die Bevölkerung dieses Alters fast 15 % größer als 2017.

Im Prognosezeitraum bis 2050 wird allerdings im Vergleich zu 2017 ein moderater Anstieg (zwischen 3 % und 8 %) in beinahe allen Altersgruppen vorhergesagt. Besonders trifft dies auf die Altersgruppen im und vor dem schulpflichtigen Alter zu. Ausgenommen davon ist die Gruppe der 20- bis 29-Jährigen. Sie soll im Prognosezeitraum um rund 5 % schrumpfen. Der Anstieg in den meisten Altersgruppen ist sowohl auf die erhöhte Fertilitätsrate als auch auf die Migrationsbewegungen zurückzuführen. Unter diesen Voraussetzungen kann also in Zukunft von einer leicht erhöhten Bildungsnachfrage in der Pflicht- und Sekundarschule

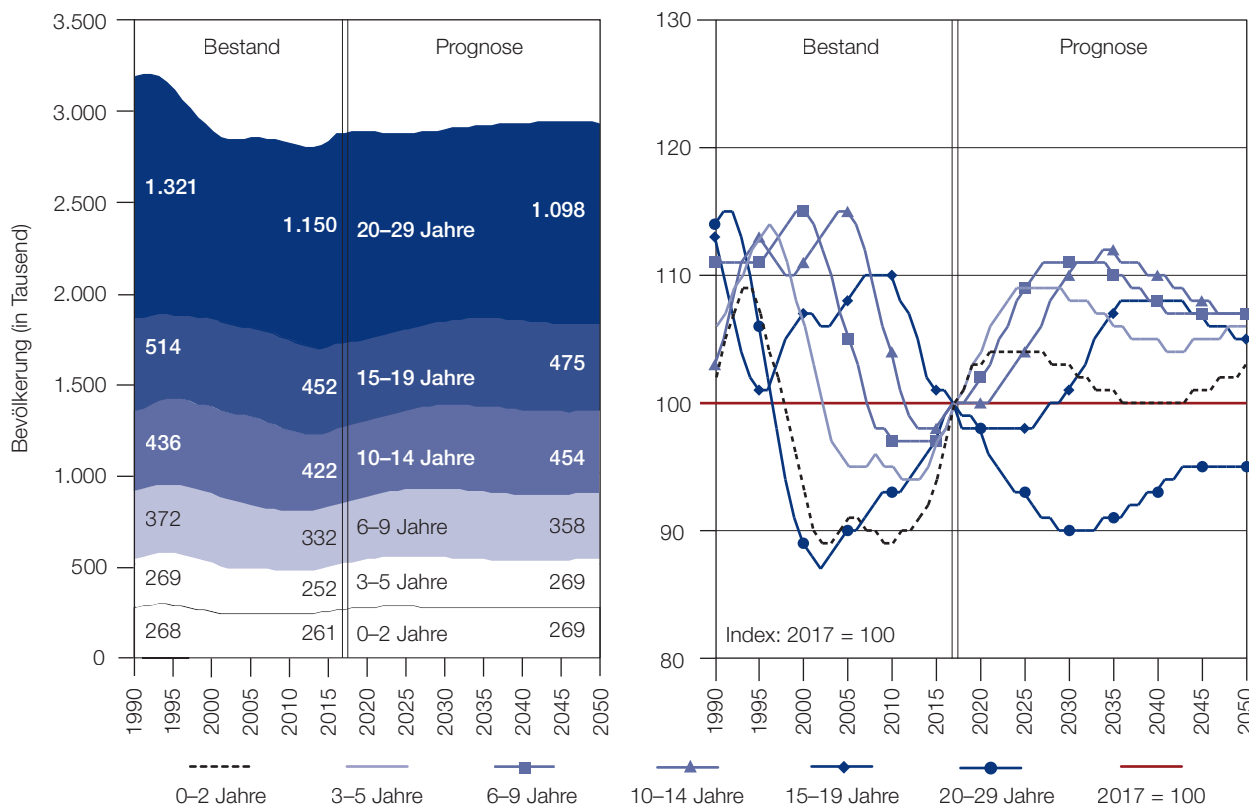
Tabelle A1.a: Demografische Maßzahlen im Zeitverlauf (1970 bis 2050)

Jahr	Geburten	Gesamtfertilitätsrate	Durchschnittliches Fertilitätsalter	Lebenserwartung (m/w)	Internat. Wanderungssaldo	Bevölkerungsveränderung	Bevölkerung (Jahresdurchschnitt)
1970	112.301	2,29	26,7	66,5 / 73,4	10.406	23.888	7.467.086
1975	93.757	1,83	26,3	67,7 / 74,7	-24.543	-26.827	7.578.903
1980	90.872	1,65	26,3	69,0 / 76,1	9.356	7.786	7.549.433
1985	87.440	1,47	26,7	70,4 / 77,3	5.641	3.503	7.564.984
1990	90.454	1,46	27,2	72,2 / 78,9	58.562	66.064	7.677.850
1995	88.669	1,42	27,7	73,3 / 80,0	2.080	9.578	7.948.278
2000	78.268	1,36	28,2	75,1 / 81,1	17.272	18.760	8.011.566
2005	78.190	1,41	29,0	76,6 / 82,2	44.332	52.939	8.225.278
2010	78.742	1,44	29,8	77,7 / 83,1	21.316	23.521	8.361.069
2015	84.381	1,53	30,6	79,1 / 84,0	113.067	115.545	8.629.519
2020	89.471	1,53	30,9	80,0 / 84,8	39.310	46.119	8.941.643
2025	89.508	1,54	31,3	81,0 / 85,5	34.483	39.244	9.158.260
2030	87.681	1,55	31,6	81,9 / 86,3	30.457	29.804	9.331.401
2035	86.168	1,56	31,8	82,8 / 87,0	28.810	23.465	9.460.827
2040	86.152	1,57	32,1	83,6 / 87,7	26.330	17.880	9.561.947
2045	87.416	1,57	32,0	84,4 / 88,4	25.639	14.293	9.643.039
2050	89.033	1,58	32,5	85,2 / 89,0	25.245	9.749	9.702.682

Anmerkung: Ab 2020 prognostizierte Werte.

Quellen: Statistik Austria (Bevölkerungsstatistik, Demografische Indikatoren, Wanderungsstatistik, Bevölkerungsprognose 2017 [Hauptvariante]). Berechnung und Darstellung: IHS.

Abb. A1.a: Entwicklung der Bevölkerung nach bildungsspezifischen Altersgruppen (1990 bis 2050)



Anmerkung: Ab 2018 prognostizierte Werte.

Quellen: Statistik Austria (Bevölkerungsstatistik, Bevölkerungsprognose 2017 [Hauptvariante]). Berechnung und Darstellung: IHS.

ausgegangen werden. Nach dem relativ starken Rückgang der Bevölkerung in den dargestellten Altersgruppen in den späten 1990er- und den 2000er-Jahren hat die Trendwende in den jüngeren Altersgruppen bereits eingesetzt. Der prognostizierte Bevölkerungsrückgang in der Gruppe der 20- bis 29-Jährigen könnte bei gleichbleibender Bildungsbeteiligung eine geringere Bildungsnachfrage nach tertiären Bildungsangeboten zur Folge haben.

Insbesondere die Fluchtbewegungen der letzten Jahre stellen das formale Bildungswesen vor neue Herausforderungen. Diese reichen von der Integration geflüchteter Kinder in die Primarstufe bis zur schriftsprachlichen Kompetenzentwicklung von nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Diese Aufgaben sind im Kontext zunehmend heterogener kultureller und schulischer Hintergründe der Schüler/innen zu erbringen.

A1.2 Demografische Entwicklung nach Bundesländern und Altersgruppen – Entwicklungslinien und Prognosen bis 2050

Bevölkerung im schulpflichtigen Alter: Starkes Wachstum in Wien und hoher Rückgang in Kärnten

Die demografische Entwicklung und Prognose der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter (6- bis 14-Jährige) ist in Abbildung A1.b nach Bundesländern dargestellt (2017 = 100 %). Besonders markant ist dabei die Entwicklung in Wien: Im Jahr 1990 war die Bevölkerung im schulpflichtigen Alter um 23 % geringer als 2017 und bis ins Jahr 2035 wird ein erneuter Anstieg von 20 % vorhergesagt. Insgesamt entspricht das einer Zunahme von 44 Prozentpunkten (oder rund 68.000 Personen) im Zeitraum von 1990 bis 2035. Danach soll nach derzeitigem Stand die schulpflichtige Bevölkerung Wiens bis zum Jahr 2050 konstant bleiben.

Kärnten stellt das demografische Gegenbeispiel zu Wien dar: Hier war im Jahr 1990 die Bevölkerung im schulpflichtigen Alter um 31 % höher als 2017, bis ins Jahr 2030 bleibt die Bevölkerungsanzahl der Schulpflichtigen im Vergleich zu 2017 auf konstantem Niveau. Von 2030 bis 2050 soll diese Altersgruppe in Kärnten erneut zu sinken beginnen (minus 10 Prozentpunkte). Über den gesamten Zeitraum von 1990 bis 2050 entspricht das einer Reduktion um 41 Prozentpunkte oder rund 19.000 Personen.

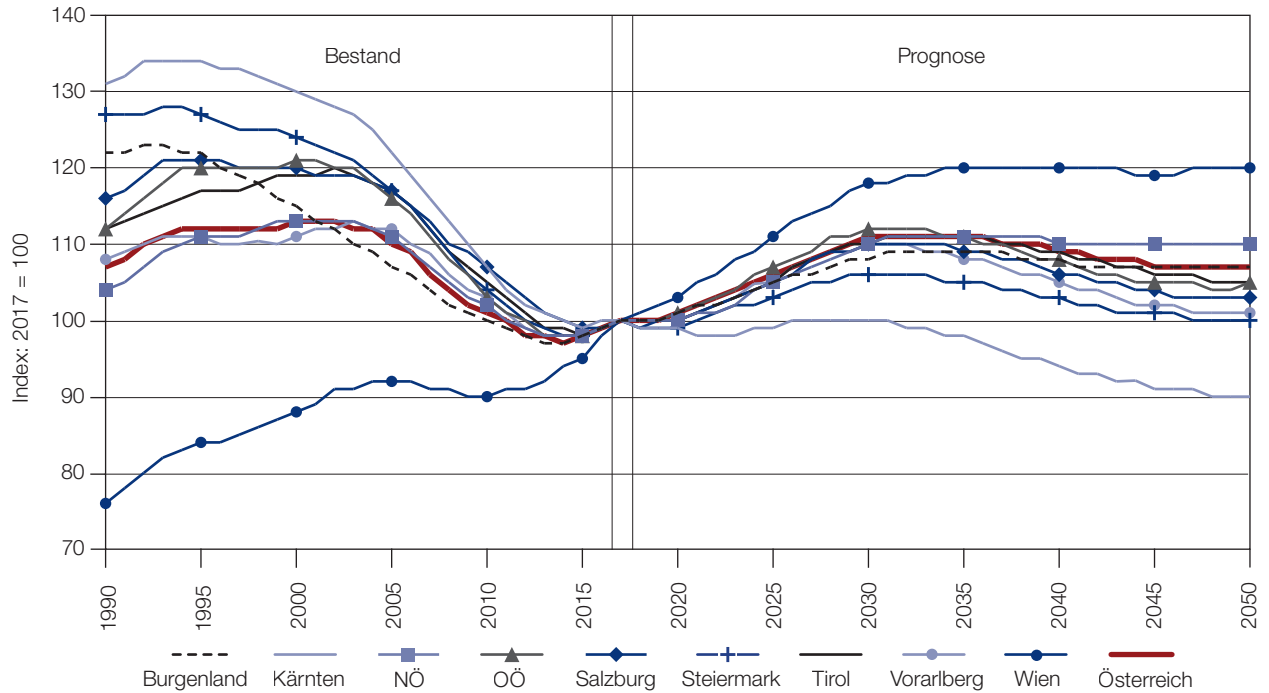
Die 6- bis 14-jährige Bevölkerung wächst im Vergleich zu 2017 bis zum Jahr 2050 laut Prognose in den übrigen Bundesländern moderat an. Die Zuwächse liegen zwischen 1 % (Steiermark und Vorarlberg) und 11 % (Niederösterreich). Für ganz Österreich wird im Vergleich zu 2017 eine Zunahme von 8 % bis 2050 vorhergesagt. Die schulpflichtige Bevölkerung soll etwa bis zum Jahr 2030 stark anwachsen, um sich dann in einer stabilen Seitwärtsbewegung einzupendeln.

Bevölkerung im weiterführenden Schul- und Hochschulalter: Mittelfristig leichter Rückgang in fast allen Bundesländern

Die vergangene und prognostizierte Entwicklung der Bevölkerung im weiterführenden Schul- und Hochschulalter (15- bis 29-Jährige) nach Bundesländern ist in Abbildung A1.c dargestellt (2017 = 100 %). Wiederum lassen sich die markantesten Entwicklungen in Kärnten und Wien feststellen. Während in Kärnten die Bevölkerung in dieser Altersgruppe im Jahr 1990 um 46 % (41.000 Personen) höher als im Jahr 2017 war, war sie in Wien um 15 % (57.000 Personen) niedriger. In naher Zukunft ist österreichweit mit einem weiteren Rückgang dieser Altersgruppe zu rechnen. Wien ist hierbei das einzige Bundesland mit einer stabilen bzw. positiven Entwicklungsprognose. Erst um 2040 soll die Bevölkerungsgruppe der 15- bis 29-Jährigen im Burgenland und in Niederösterreich wieder das derzeitige Niveau erreichen. Bis 2050 soll die Bevölkerungsgruppe im Vergleich zu 2017 österreichweit um 2 % oder 28.000 Personen schrumpfen.



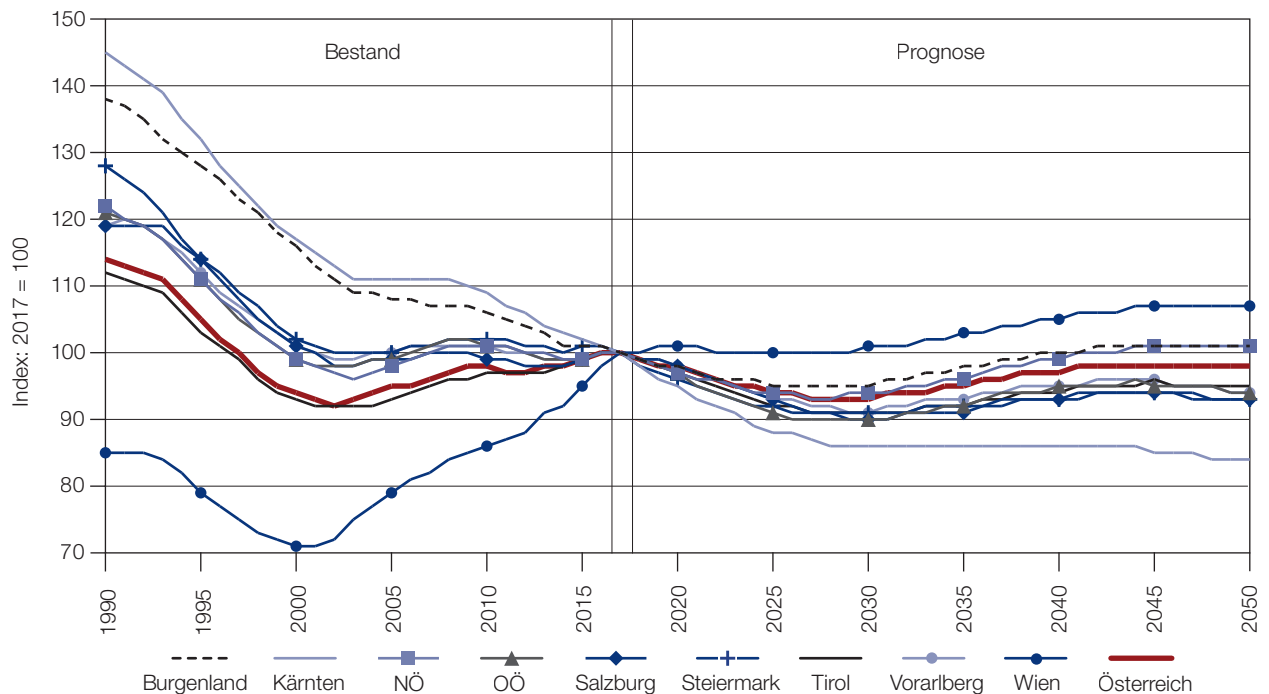
Abb. A1.b: Entwicklung der Bevölkerung im schulpflichtigen Alter (6- bis 14-Jährige) nach Bundesland (1990 bis 2050)



Anmerkung: Ab 2018 prognostizierte Werte.

Quellen: Statistik Austria (Bevölkerungsstatistik, Bevölkerungsprognose 2017 [Hauptvariante]). Berechnung und Darstellung: IHS.

Abb. A1.c: Entwicklung der Bevölkerung im weiterführenden Schul- und Hochschulalter (15- bis 29- Jährige) nach Bundesland (1990 bis 2050)



Anmerkung: Ab 2018 prognostizierte Werte.

Quellen: Statistik Austria (Bevölkerungsstatistik, Bevölkerungsprognose 2017 [Hauptvariante]). Berechnung und Darstellung: IHS.

Nettozuwanderung von
rund 44.000 Personen im
Jahr 2017

A1.3 Zuwanderung, ausländische Bevölkerung und Migrationshintergrund

Die österreichische Bevölkerungsentwicklung wird maßgeblich von Zu- und Abwanderungen beeinflusst. Abbildung A1.d zeigt diese Zu- und Abwanderungen sowie deren Differenz (Wanderungssaldo) nach Staatsbürgerschaft. Am stärksten wird die Zuwanderung durch jene 13 Staaten geprägt, die ab 2004 der EU beigetreten sind (EU-13). Insgesamt sind im Jahr 2017 rund 56.000 Staatsbürger/innen dieser Länder zu- und rund 32.000 Personen abgewandert, was zu einem Wanderungssaldo von +24.000 Personen führt. Aus sonstigen Ländern, die etwa auch die hauptsächlichen Ursprungsländer von Flüchtlingen umfassen, ist der Saldo mit knapp +11.000 Personen geringer. Grund dafür ist die gleichzeitige Abwanderung in diese Länder, vergleichbar mit jenen Bewegungen in und von den alten EU-Ländern (EU-14). Leicht negativ fällt der Wanderungssaldo österreichischer Staatsbürger/innen aus: Im Jahr 2017 sind netto rund 5.000 österreichische Staatsbürger/innen ausgewandert. Werden die Wanderungssalden Österreichs und des Auslands in der Summe betrachtet, so ergibt sich ein positiver Wanderungssaldo von rund 44.000 Personen.

Der Anteil von Personen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft an der Gesamtbevölkerung beträgt zu Beginn des Jahres 2017 15,8 % (Abbildung A1.e). Etwa die Hälfte der Personen mit nichtösterreichischer Staatsbürgerschaft (7,9 %) stammt dabei aus EU-Mitgliedsstaaten. 3,0 % besitzen eine Staatsbürgerschaft der Staaten des ehemaligen Jugoslawiens (ohne Slowenien und Kroatien) und 1,3 % sind türkische Staatsbürger/innen. Rund 0,7 % der Bevölkerung besitzen eine Staatsbürgerschaft aus sonstigen europäischen Ländern und rund 3,0 % verfügen über eine nichteuropäische Staatsbürgerschaft.

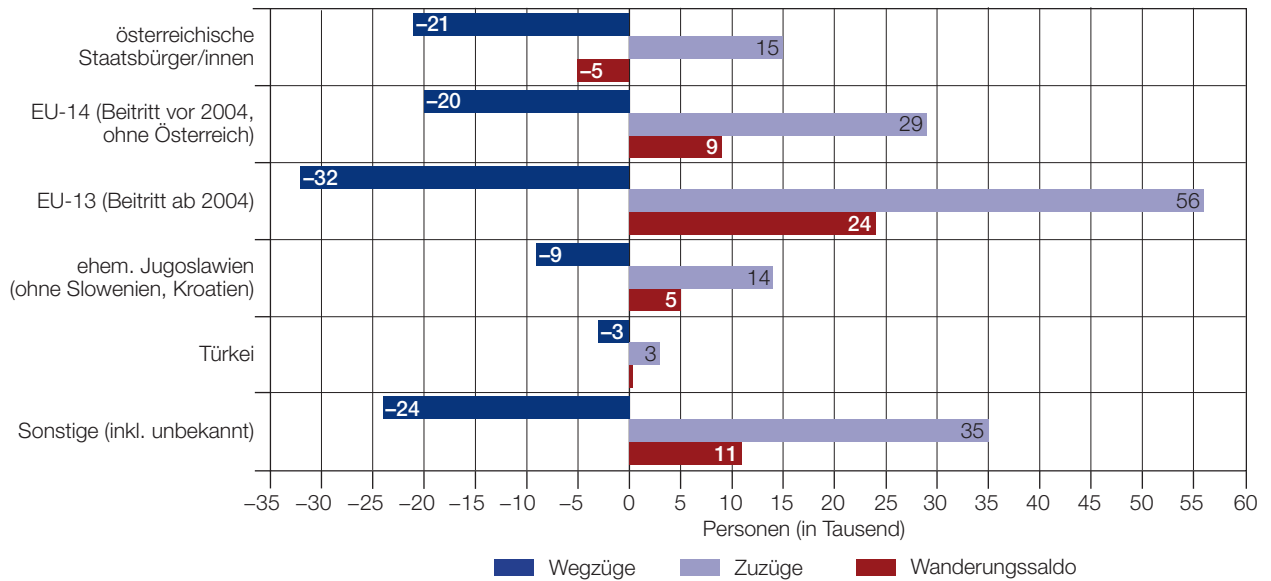
Leichter Anstieg der
Bevölkerung mit
Migrationshintergrund
seit 2010

Abbildung A1.f zeigt den Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesland. Personen, die selbst im Ausland geboren sind, werden hier als Migrantinnen und Migranten der 1. Generation bezeichnet. Wenn beide Elternteile im Ausland geboren wurden, nicht jedoch die Person selbst, so spricht man von Migrantinnen und Migranten der 2. Generation. Die hier geschätzten Anteile auf Basis der Daten der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung des Jahres 2017 zeigen, dass insgesamt 22,1 % der in Österreich lebenden Personen einen so definierten Migrationshintergrund aufweisen (16,5 % Migrantinnen und Migranten der 1. Generation, 5,6 % Migrantinnen und Migranten der 2. Generation). Im regionalen Vergleich zeigen sich dabei große Unterschiede: In Wien ist der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mit 42,7 % fast doppelt so hoch wie im bundesweiten Durchschnitt. Demgegenüber stehen Bundesländer wie das Burgenland (11,5 %), Kärnten (12,3 %) oder die Steiermark (13,4 %) mit relativ geringen Anteilen an Migrantinnen und Migranten. Innerhalb der Bundesländer ergeben sich, mit Ausnahme von Wien, jedoch beträchtliche Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Regionen: Die relativ hohen Anteile an Kindern mit nichtdeutscher Alltagssprache in größeren Städten (vgl. Indikator A3) lassen auf höhere Anteile an Migrantinnen und Migranten in Städten schließen. Daraus ergeben sich unterschiedliche pädagogische Rahmenbedingungen sowohl zwischen als auch innerhalb der Bundesländer.

Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund hat sich seit dem Jahr 2010 um 3,5 Prozentpunkte (ca. 355.000 Personen) auf 22,1 % erhöht. Das Wachstum wird hier primär von Migrantinnen und Migranten der 1. Generation angetrieben (+2,8 Prozentpunkte) und in geringerem Ausmaß von Migrantinnen und Migranten der 2. Generation (+0,7 Prozentpunkte). Der Zuwachs fällt in Wien am stärksten (+4,5 Prozentpunkte) und im Burgenland sowie in Kärnten am schwächsten (jeweils +1,8 Prozentpunkte) aus.

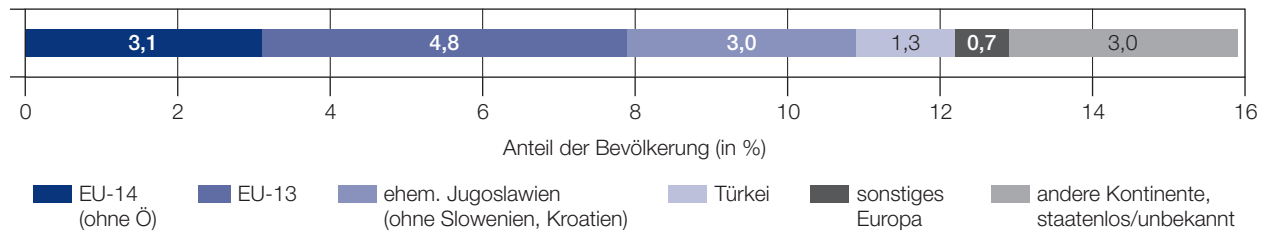


Abb. A1.d: Zu- und Wegzüge nach Staatsbürgerschaft (2017)



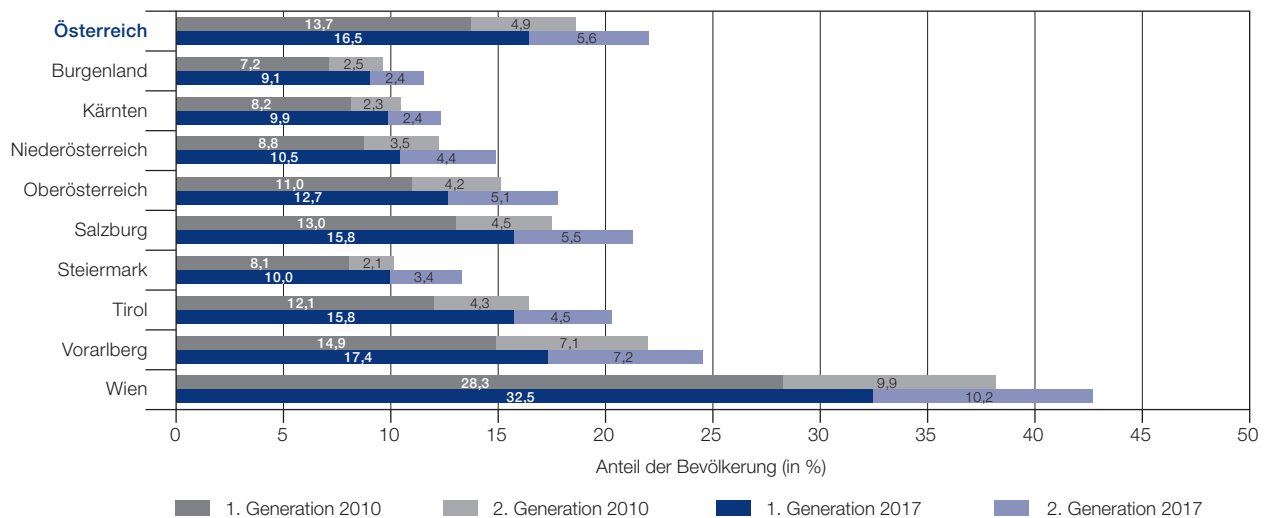
Quelle: Statistik Austria (Wanderungsstatistik). Berechnung und Darstellung: IHS.

Abb. A1.e: Anteil ausländischer Bevölkerung nach Staatsbürgerschaft (Jahresbeginn 2017)



Quelle: Statistik Austria (Bevölkerungsstatistik). Berechnung und Darstellung: IHS.

Abb. A1.f: Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund nach Bundesland (Jahresdurchschnitt 2010 und 2017)



Quelle: Statistik Austria (Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung) Berechnung und Darstellung: IHS.

A2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Bildungsausgaben

Neben demografischen Kontextfaktoren sind auch monetäre und volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen zentral für die Leistungsfähigkeit des Schulsystems. Sie bestimmen die Möglichkeit und Grenzen der Planung und Gestaltung in vielen Bereichen des Bildungswesens. Auch wenn unterschiedliche Theorien und Ansichten über Höhe und Effizienz der öffentlichen Bildungsausgaben existieren, so ist doch der grundsätzlich positive Zusammenhang zwischen Investitionen in Bildung und einer Reihe von wünschenswerten Ergebnissen weitgehend unbestritten, z. B. im Hinblick auf das Einkommen (Card, 1999), Wirtschaftswachstum (Cohen & Soto, 2007) sowie auf soziale Erträge wie Gesundheit (Clark & Royer, 2013) oder Kriminalität (Lochner & Moretti, 2004), um nur einige zu nennen. Die Kennzahl A2.1 zeigt deshalb die reale (inflationsbereinigte) Entwicklung der gesamten staatlichen Bildungsausgaben für das formale Bildungswesen vom vorschulischen Bereich bis zu den Universitäten und Fachhochschulen zwischen 2000 und 2016. Zudem wird die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) und der Staatsquote dargestellt. Kennzahl A2.2 gibt darauf folgend Aufschluss über die Entwicklung bedeutender volkswirtschaftlicher Kontextfaktoren. Hierbei wird die Stellung Österreichs relativ zum EU-Durchschnitt untersucht. Darüber hinaus wird die Entwicklung des Anteils der Bildungsausgaben am BIP im Vergleich zu anderen europäischen Ländern dargestellt.

A2.1 Bildungsausgaben, Staatsausgaben und Bruttoinlandsprodukt

Tabelle A2.a zeigt die Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben vom Elementar- bis zum Tertiärbereich, des BIP und der Staatsausgaben. Die Werte wurden mittels BIP-Deflatoren auf das Preisniveau von 2010 gebracht und sind in Abbildung A2.a in indexierter Form (2000 = 100) dargestellt.¹

Wachsender Anteil der
Staatsausgaben entfällt auf
Bildung

Im Jahr 2016 wurde in Österreich ein Bruttoinlandsprodukt von über 317 Milliarden Euro erwirtschaftet (+25 % im Vergleich zu 2000), was einem BIP pro Kopf von rund 36.300 Euro (+14 %) entspricht. Vom Staat wurden insgesamt 17,6 Milliarden Euro (real) für Bildung verausgabt (+34 % im Vergleich zu 2000). Nach dem krisenbedingten Anstieg der Staatsquote in den Jahren 2009 und 2010 pendelte sie sich in den Jahren darauf wieder bei rund 51 % ein. Im Zeitraum von 2000 bis 2016 hat sich die Staatsquote um rund 1 % oder 0,4 Prozentpunkte erhöht. Auch die Anteile der Bildungsausgaben am BIP sowie an den Staatsausgaben sind jeweils leicht gestiegen: Erstere von 5,2 % im Jahr 2000 auf 5,6 % im Jahr 2016, Letztere von 10,3 % auf 11,0 %.

Abbildung A2.a veranschaulicht die positive Entwicklung der Bildungsausgaben in Österreich. Im Zeitraum von 2000 bis 2008 stiegen die Bildungsausgaben und das BIP etwa parallel. Durch die Weltwirtschaftskrise wurde diese parallele Entwicklung temporär entkoppelt: Da die Bildungsausgaben während der Rezession nicht zurückgefahren wurden, ist ihr Anteil am BIP von 5,1 % im Jahr 2008 auf 5,5 % im Jahr 2009 gestiegen und seither nur mehr leicht gewachsen. Im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sind die Bildungsausgaben jedoch fast doppelt so stark wie das BIP pro Kopf angestiegen. Insgesamt sind die Bildungsausgaben im Untersuchungszeitraum somit stärker angestiegen als die wirtschaftliche Wertschöpfung.

¹ Durch nachträgliche Revision volkswirtschaftlicher Kennzahlen kann es zu leichten Differenzen in der Zeitreihe zum NBB 2015 kommen.

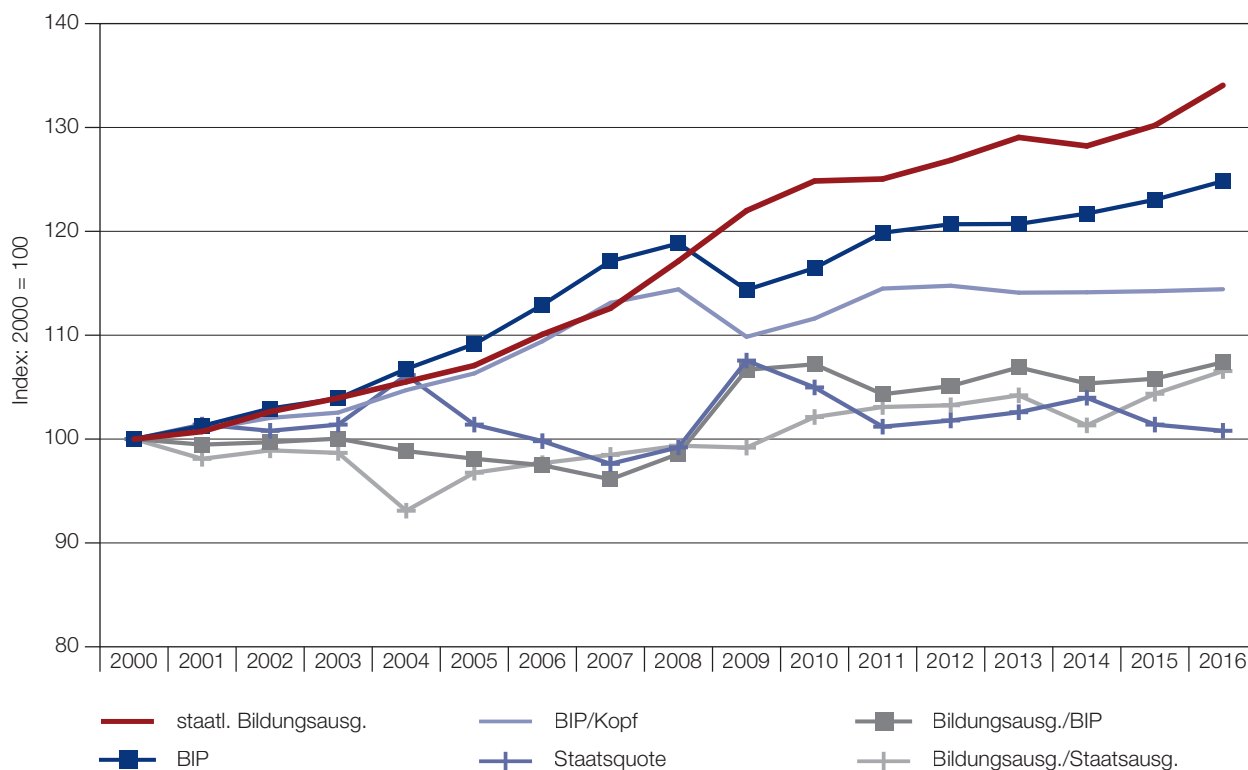
Tabelle A2.a: Staatliche Bildungsausgaben, Bruttoinlandsprodukt und Staatsausgaben in Österreich zu Preisen von 2010 (2000 bis 2016)

Jahr	Staatliche Bildungsausgaben real (Mio. Euro)	BIP real (Mio. EUR)	BIP pro Kopf real	Staatsausgaben in % des BIP	Bildungsausgaben in % des BIP	Bildungsausgaben in % der Staatsausgaben
2000	13.164	254.069	31.710	50,3 %	5,2 %	10,3 %
2001	13.259	257.289	31.991	51,0 %	5,2 %	10,1 %
2002	13.510	261.538	32.356	50,7 %	5,2 %	10,2 %
2003	13.684	264.000	32.519	51,0 %	5,2 %	10,2 %
2004	13.889	271.221	33.205	53,4 %	5,1 %	9,6 %
2005	14.096	277.307	33.715	51,0 %	5,1 %	10,0 %
2006	14.490	286.886	34.695	50,2 %	5,1 %	10,1 %
2007	14.820	297.579	35.869	49,1 %	5,0 %	10,1 %
2008	15.420	301.925	36.281	49,9 %	5,1 %	10,2 %
2009	16.058	290.559	34.831	54,1 %	5,5 %	10,2 %
2010	16.434	295.897	35.390	52,8 %	5,6 %	10,5 %
2011	16.460	304.545	36.304	50,9 %	5,4 %	10,6 %
2012	16.697	306.617	36.392	51,2 %	5,4 %	10,6 %
2013	16.987	306.696	36.179	51,6 %	5,5 %	10,7 %
2014	16.878	309.237	36.192	52,3 %	5,5 %	10,4 %
2015	17.139	312.614	36.226	51,0 %	5,5 %	10,7 %
2016	17.647	317.149	36.284	50,7 %	5,6 %	11,0 %

Anmerkung: Alle Angaben mittels BIP-Deflatoren auf das Preisniveau von 2010 umgewandelt.

Quellen: Statistik Austria (Bildungsausgabenstatistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung). Berechnung und Darstellung: IHS.

Abb. A2.a: Staatliche Bildungsausgaben, Bruttoinlandsprodukt und Staatsausgaben in Österreich zu Preisen von 2010 (2000 bis 2016)



Quellen: Statistik Austria (Bildungsausgabenstatistik, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung). Berechnung und Darstellung: IHS.

Qualität der
Leistungserbringung
entscheidend

Die Entwicklung der staatlichen Bildungsausgaben gibt aber noch keinen Aufschluss über die Leistungsqualität des Schulsystems, denn eine Steigerung der Bildungsausgaben führt nicht zwangsläufig zu einer Verbesserung der Bildungsprozesse und -ergebnisse. Die Qualität der Ergebnisse kann nur durch einen Vergleich der eingesetzten Ressourcen mit den erbrachten Leistungen unter Bezugnahme auf festgelegte Ziele erfolgen. Quantitativ messbare Größen – wie etwa Abschlüsse oder standardisierte Leistungstests – spielen hierbei eine wichtige Rolle.

A2.2 Wirtschaftliche Rahmenbedingungen und Bildungsausgaben im internationalen Vergleich

Bildung, Forschung und Innovation sind essenzielle Themengebiete der Wachstumsstrategie „Europa 2020“ (Europäische Kommission, 2010). Durch einen verstärkten Fokus auf diese Themengebiete verspricht man sich langfristig positive Effekte für Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum. Kernziele dieser Strategie sind unter anderem eine EU-weite Erhöhung der Investitionen in Forschung und Entwicklung (F & E) auf 3 % des BIP sowie eine Beschäftigungsquote von 75 % der Bevölkerung im Alter von 20 bis 64 Jahren. Mit im EU-Schnitt 72 % Beschäftigungsquote im Jahr 2017 ist letzteres Ziel fast erreicht. Das Ziel von 3 % F-&E-Anteil scheint jedoch ungleich schwieriger umzusetzen: Im Jahr 2000 lag der Anteil der F-&E-Ausgaben am EU-BIP bei 1,77 % und wurde bis 2017 um 0,26 Prozentpunkte auf 2,03 % erhöht. Mit 3,09 % F-&E-Ausgaben und einer Beschäftigungsquote von 75,4 % liegt Österreich im Jahr 2017 über dem angestrebten EU-Durchschnitt.

Abbildung A2.b zeigt die relative Stellung Österreichs in ausgewählten volkswirtschaftlichen Indikatoren im Vergleich zum EU-Durchschnitt (= 100). Neben den F-&E-Ausgaben und der Beschäftigungsquote der 20- bis 64-Jährigen werden die Beschäftigungsquote Älterer (55- bis 64-Jährige), die Arbeitslosenquote, die öffentlichen Bildungsausgaben in % des BIP, das BIP pro Kopf sowie die Anteile der Beschäftigten in Hochtechnologiesektoren dargestellt.

Österreich im EU-Vergleich
überdurchschnittlich –
außer bei der
Beschäftigung Älterer

Im EU-Vergleich erzielt Österreich in all diesen Indikatoren, mit Ausnahme der Beschäftigungsquote Älterer, überdurchschnittlich gute Werte. Das BIP pro Kopf lag im Jahr 2016 etwa um 27 % über und die Arbeitslosenquote 30 % unter dem EU-Durchschnitt. Allerdings entwickeln sich diese Indikatoren im Vergleich zur gesamten EU in den letzten Jahren tendenziell ungünstiger. Darüber hinaus liegt der Anteil der Beschäftigten im Hochtechnologiesektor, trotz überdurchschnittlich hohen F-&E-Ausgaben, im gesamten Zeitverlauf nur im Durchschnitt.

Abbildung A2.c stellt die Entwicklung der öffentlichen Bildungsausgaben als Anteil des BIP mit vergleichbaren europäischen Nationen dar.² Österreich liegt mit 5,4 % im Jahr 2014 in einer Gruppe mit dem Vereinigten Königreich (5,7 %) sowie mitteleuropäischen Staaten wie Deutschland (4,9 %), der Schweiz (5,1 %), den Niederlanden und Frankreich (jeweils 5,5 %). Diese Länder liegen auch um den EU-Durchschnitt von 5,3 %.

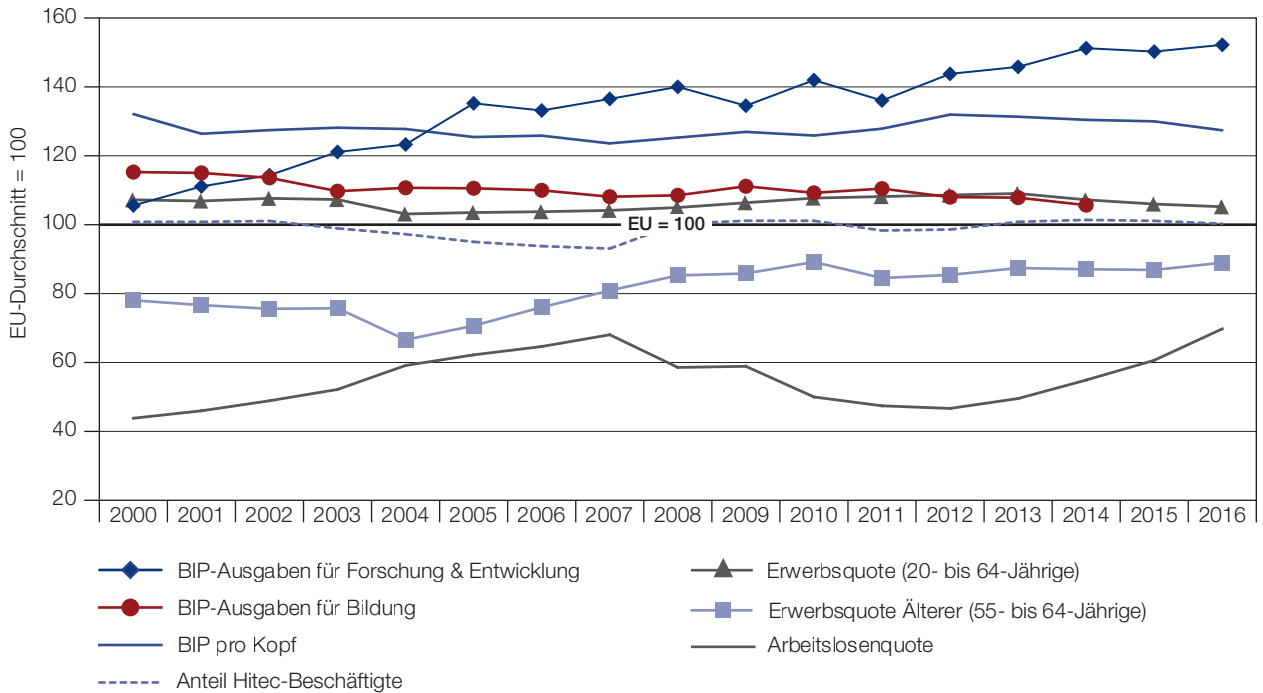
Hohe Bildungsausgaben in
nordischen Ländern

In den nordischen Ländern sind die öffentlichen Bildungsausgaben in % des BIP demgegenüber relativ hoch und liegen im Betrachtungszeitraum konstant über jenen der restlichen dargestellten Länder. Nach der Umstellung auf ISCED-2011 ist der Anteil besonders stark in Finnland gestiegen: Im Zeitraum von 2000 bis 2014 wurde ihr Anteil von 5,7 % auf 7,2 % erhöht. Damit liegen die staatlichen Bildungsausgaben Finnlands auf einem ähnlichen Niveau wie bei den anderen nordischen Staaten Dänemark (7,6 %), Schweden (7,7 %) und Norwegen (7,7 %).

2 Die hier dargestellten Werte beziehen sich auf die internationale Erhebung der Bildungsausgaben von UNESCO, OECD und Eurostat. Aufgrund unterschiedlicher Erhebungskonzepte kommt es zu Unterschieden in den Werten der nationalen Berechnung, wie in Tabelle A2.a, und den hier verwendeten Werten. Aufgrund einer generellen Überarbeitung der Internationalen Standardklassifikation für das Bildungswesen (ISCED) im Jahr 2011 existiert darüber hinaus ein Zeitreihenbruch, der zu fehlenden und vorbehaltlichen Daten führt.



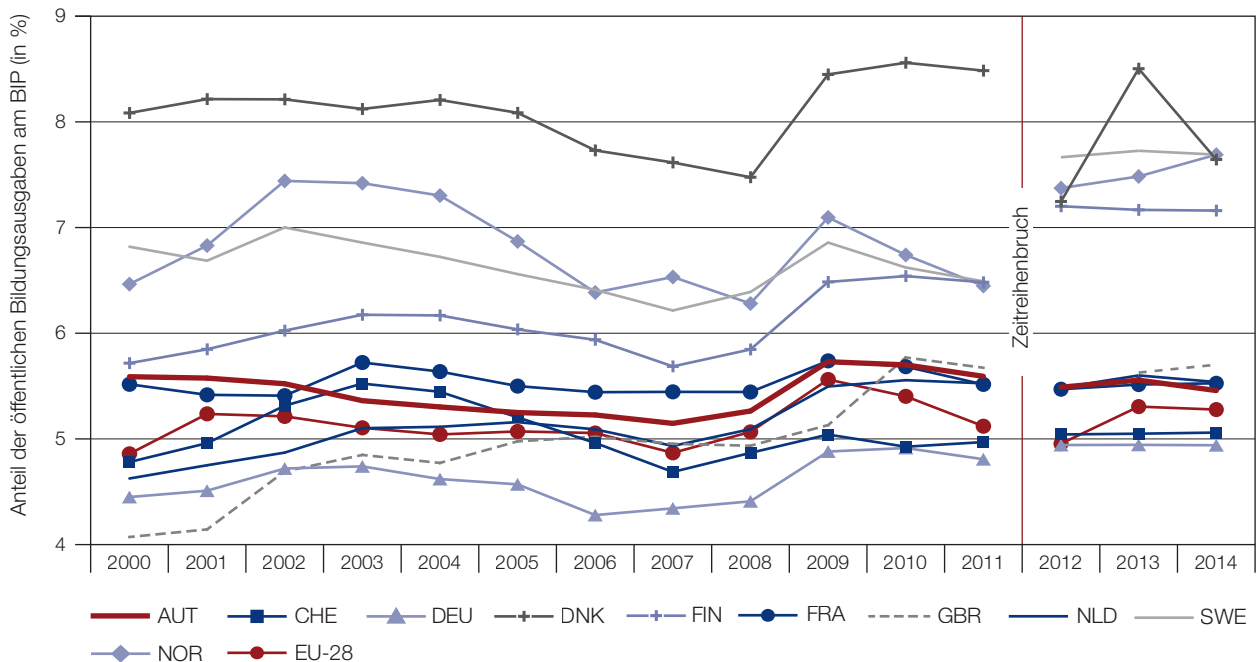
Abb. A2.b: Relative Stellung Österreichs in ausgewählten Indikatoren im Vergleich zum EU-Durchschnitt (2000 bis 2016)



Anmerkung: EU-Durchschnitt der BIP-Ausgaben für Bildung nur bis 2014 verfügbar.

Quelle: Eurostat. Berechnung und Darstellung: IHS.

Abb. A2.c: Entwicklung der gesamten öffentlichen Bildungsausgaben im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt (2000 bis 2014)



Anmerkungen: Aufgrund einer Umstellung des Erhebungskonzepts (ISCED-2011) kommt es im Jahr 2011 zu einem Zeitreihenbruch. Durch Änderung der verwendeten Datenbasis können die dargestellten Werte der Jahre 2000 bis 2011 von jenen im NBB 2015 abweichen.

Quelle: UNESCO. Berechnung und Darstellung: IHS.

A3 Familiärer Hintergrund der Schüler/innen in der Primarstufe

Die familiäre und soziale Herkunft von Kindern ist ein wesentlicher Kontextfaktor der Schule. In Österreich besteht ein starker Zusammenhang zwischen Herkunft und Schulerfolg (vgl. Indikator D5). Kinder mit niedrigem sozioökonomischem Status, mit Migrationshintergrund, ohne ausreichende Deutschkenntnisse oder Kinder, deren Eltern ein niedriges Bildungsniveau haben, haben häufig eine schlechtere Ausgangslage, um in der Schule erfolgreich zu sein. Ihre Familien sind oft weniger mit dem schulischen System und dessen Inhalten vertraut und weniger gut in der Lage, Schulwegsentscheidungen zu unterstützen. Diese Risikomerkmale sind in Österreich nach Bundesländern und Urbanität unterschiedlich verteilt.

Die Kontextfragebögen zur Überprüfung der Bildungsstandards liefern Daten zur familiären Herkunft und zum Sprachgebrauch der Volksschulkinder. Dabei wird angenommen, dass aufgrund der schleichenden Veränderungen in den Kohorten die getestete 4. Schulstufe repräsentativ für die Volksschulkinder im Allgemeinen steht. Kinder in Sonderschulen, mit sonderpädagogischem Förderbedarf oder anderen Ausschlussgründen für die Bildungsstandardüberprüfung sind in diesen Daten nicht repräsentiert. Daher wird vereinzelt auf die Gesamtevidenz der Schüler/innen nach Bildungsdokumentationsgesetz (genannt: Schulstatistik) zurückgegriffen, welche allerdings nur die sozialen Merkmale „im Alltag gebrauchte Sprache(n)“ und Nationalität/Staatsbürgerschaft enthält.

A3.1 Bildungshintergrund der Eltern

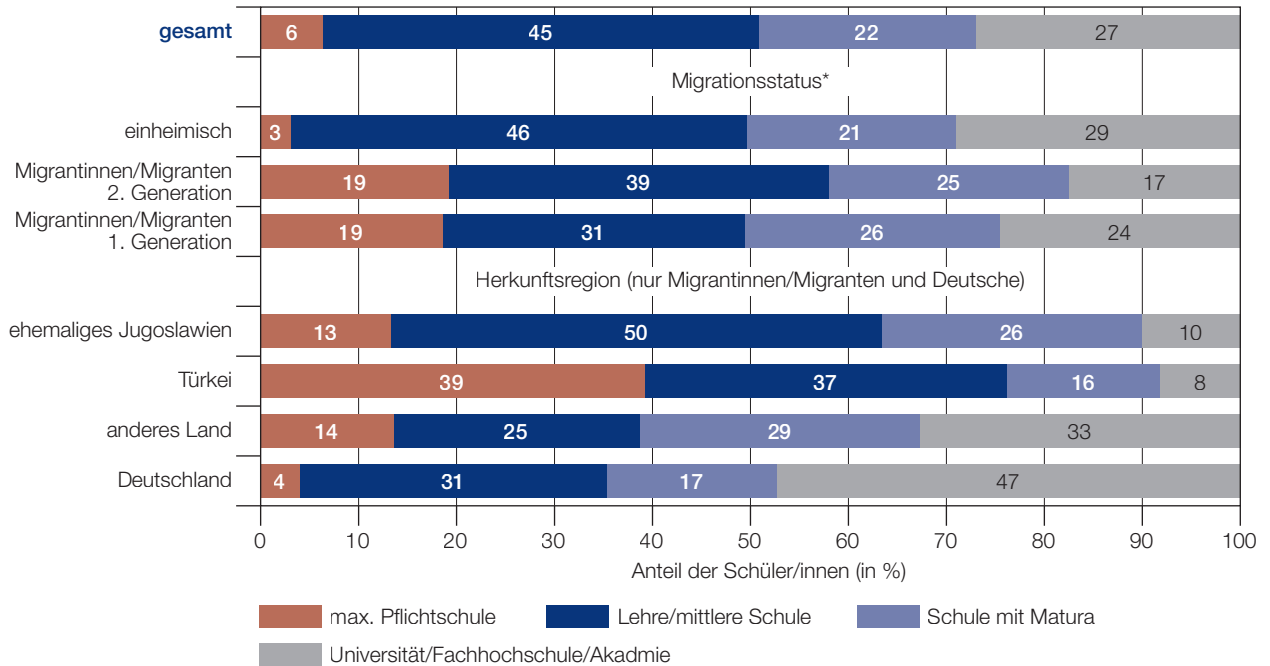
Die Bildungsherkunft der Volksschulkinder, operationalisiert durch den höchsten Bildungsabschluss der Eltern, gilt als Hinweis auf die Bildungsnähe der Familie. Es wird angenommen, dass sie deren kulturelle und kommunikative Praxis prägt. Die Bildungsherkunft (Abbildung A3.a) der Schüler/innen unterscheidet sich im Allgemeinen vom Bildungsstand der Bevölkerung, da die Eltern der Volksschulkinder der jüngeren Generation (zumeist geboren nach 1970) angehören, welche bereits höhere Bildungsabschlüsse erzielt hat. Das gilt insbesondere für den Vergleich von Eltern mit Migrationshintergrund mit der Gesamtbevölkerung mit Migrationshintergrund.

Jede/r zweite einheimische Volksschüler/in hat einen Elternteil mit (mind.) Matura

Mit dem Anstieg des Bildungsniveaus der Bevölkerung sinkt der Anteil der Eltern mit maximal Pflichtschulabschluss. Unter den einheimischen Kindern sind dies im Jahr 2015 lediglich 3 %. Die Mehrheit von 46 % in dieser Gruppe hat Eltern mit einer Berufsausbildung über Lehre oder eine mittlere Schule. Weitere 21 % haben einen Elternteil mit Matura und bereits 29 % haben zumindest einen Elternteil mit einem tertiären Bildungsabschluss (Universität, Fachhochschule, Pädagogische Hochschule, Akademie).

Der Bildungsstand der zugezogenen Eltern ist im Mittel geringer, gleichzeitig jedoch sehr heterogen. Bei etwa gleichen Anteilen von Eltern mit maximal Pflichtschulabschluss haben die Migrantinnen und Migranten der 1. Generation (Kind im Ausland geboren) im Vergleich zu jenen der 2. Generation häufiger höhere Bildungsabschlüsse, da in dieser Gruppe u. a. der Zuzug von Fachkräften und Führungspersonen der Wirtschaft, insbesondere aus dem EU-Ausland, enthalten ist. Unter den Migrantinnen und Migranten der 2. Generation (Kind in Österreich geboren) finden sich typischerweise vermehrt Kinder der Gastarbeitergenerationen mit einer Bildungsherkunft im beruflichen Bereich ohne höhere formale Abschlüsse.

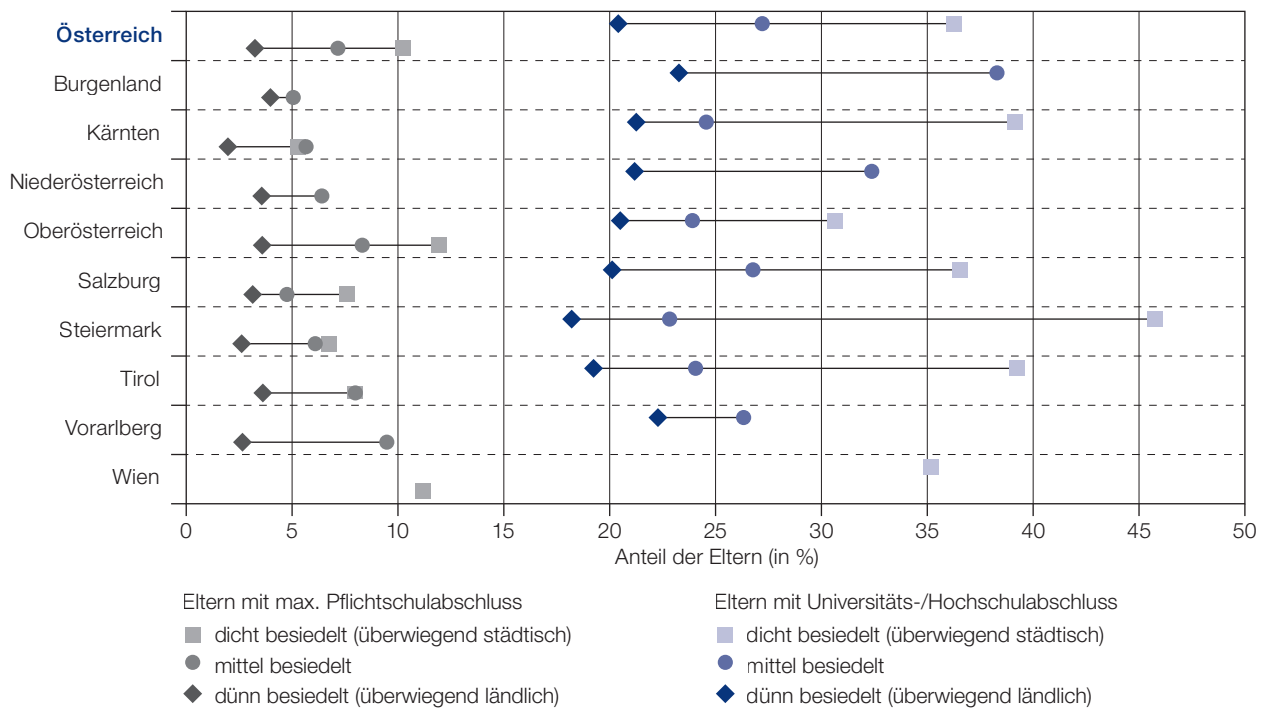
Abb. A3.a: Höchster Bildungsabschluss der Eltern von Volksschulkindern nach Migrationshintergrund (2015)



Anmerkung: *Migrationsstatus nach BIST-Definition. Einheimisch sind Kinder, von denen wenigstens ein Elternteil in Österreich oder Deutschland geboren ist.

Quelle, Berechnung und Darstellung: BIFIE (BIST-Ü-D4 2015).

Abb. A3.b: Anteil der Eltern von Volksschulkindern mit max. Pflichtschulabschluss bzw. Universitäts-/Hochschulabschluss nach Bundesland und Urbanisierungsgrad (2015)



Quelle, Berechnung und Darstellung: BIFIE (BIST-Ü-D4 2015).

Bildungsherkunft unterscheidet sich stark nach Herkunftsregionen der Migrantinnen und Migranten

Der untere Teil der Abbildung A3.a schlüsselt die Bildungsherkunft nach vier Herkunftsregionen auf, wobei Deutschland im Gegensatz zum Migrationshintergrund nach BIST-Definition hier gesondert ausgewiesen wird. Eltern aus Deutschland repräsentieren den Zuzug hoher Bildungsschichten, unter ihnen haben lediglich 4 % der Eltern von Volksschulkindern maximal einen Pflichtschulabschluss, während mit 47 % beinahe die Hälfte einen tertiären Bildungsabschluss vorzuweisen hat. Im Gegensatz dazu haben von den Eltern türkischer Herkunft 39 % maximal einen Pflichtschulabschluss und nur 8 % einen tertiären Abschluss. Für die Eltern aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens ist die Kategorie der beruflichen Bildung (ohne Matura) mit 50 % auffallend. In der Sammelkategorie „anderes Land“ finden sich sowohl vermehrt sehr niedrige als auch sehr hohe Bildungsabschlüsse. Dabei ist zu beachten, dass der Zuzug im Rahmen der jüngsten Flüchtlingsbewegungen aus dem Nahen Osten und dem arabischen Raum in den Daten von 2015 noch nicht enthalten ist.

In den Städten sind die höchsten Anteile sowohl sehr niedriger als auch sehr hoher Bildungsabschlüsse zu verzeichnen

Abbildung A3.b zeigt die Anteilswerte der beiden extremen Kategorien von Bildungsabschlüssen (max. Pflichtschule bzw. Universität/Fachhochschule/Akademie) nach Bundesland und Urbanisierungsgrad. Dabei ist auffällig, dass sich mit wenigen Ausnahmen die dicht besiedelten Gemeinden in den jeweiligen Bundesländern (zumeist ihre Landeshauptstädte) sowohl beim Anteil von Eltern mit maximal Pflichtschulabschluss als auch beim Anteil von Eltern mit einem universitären oder ähnlichen Abschluss deutlich von den anderen Gemeinden abheben. Dies liegt vermutlich am Zuzug niedrig gebildeter Migrantinnen und Migranten einerseits, und an der wirtschaftlichen Struktur mit großen Dienstleistungssektoren, Firmensitzen und Behörden andererseits.

A3.2 Sozioökonomischer Status der Familie

Der sozioökonomische Status einer Familie bedingt sowohl deren für Bildung verfügbare Ressourcen (Privatschulbesuch, Nachhilfe, private Lernmittel etc.) als auch das kulturelle Umfeld, in dem Kinder aufwachsen. So besitzen etwa Kinder aus Familien mit höherem sozioökonomischem Status zuhause mehr Bücher, sie besuchen häufiger das Theater oder gehen öfter in eine Bibliothek. Es liegt nahe, dass sowohl das ökonomische als auch das kulturelle Kapital der Familie förderlich für den Bildungserfolg des Kindes ist. Für Abbildung A3.c wurden die Berufe der Eltern in vier gereichte Kategorien gefasst und jeweils die höchste Kategorie pro Elternpaar ausgewählt. Dabei handelt es sich um keine formale Reihung, sondern um die Abbildung der Erwartungshaltung, welche Berufe im Allgemeinen mit welchen Bildungschancen einhergehen.

Beruflicher Status der Eltern unterscheidet sich nach Migrationshintergrund ...

Unter den einheimischen Eltern fallen 34 % in die Kategorie „Führungskräfte/akademische Berufe“, welcher der höchste Berufsstatus zugesprochen wird. Weitere 21 % wurden als „Techniker/innen und gleichrangige Berufe“ (umgangssprachlich oft als „Fachkräfte“ bezeichnet) klassifiziert und 41 % als „Bürokräfte, Dienstleistungsberufe und Handwerk“. In die niedrigste Kategorie „Hilfsarbeitskräfte, Anlagenbediener/innen und Monteure/Monteurinnen“ fallen lediglich 3 % der einheimischen Eltern. Bei den Migrantinnen und Migranten sind die Anteile in den beiden oberen Kategorien wesentlich geringer und in der niedrigsten Kategorie ist ihr Anteilswert etwa viermal so groß.

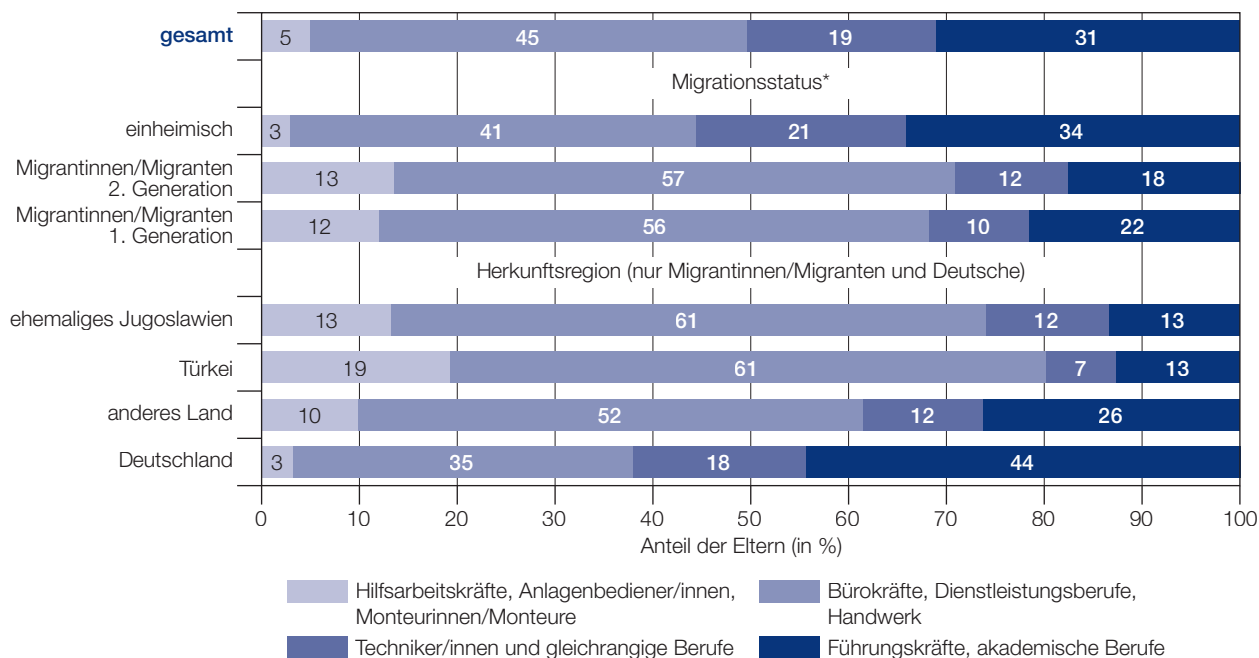
... allerdings weniger stark als die Bildungsherkunft

Im Vergleich mit Kennzahl A3.1 sind die Unterschiede beim beruflichen Status zwischen den Herkunftsregionen allerdings geringer. Zwar setzen sich die Eltern aus Deutschland in der höchsten Kategorie der Führungskräfte und akademischen Berufe mit 44 % wieder deutlich nach oben ab, doch fallen die Eltern aus der Türkei im Vergleich nicht ganz so deutlich zurück wie bei der Bildungsherkunft.

Hohe Bandbreite des sozioökonomischen Status in allen Bundesländern

Die Berufe der Eltern wurden für Abbildung A3.d in den metrischen *Highest Socio-economic Index* (HISEI) übertragen, der den erwartbaren sozioökonomischen Ertrag (Einkommen) abzubilden versucht. Die Abbildung verdeutlicht die große Bandbreite des sozioökonomischen Status in den Familien von Volksschulkindern in allen Bundesländern und allen Gemeinden nach Urbanisierungsgrad. Im Burgenland und in Niederösterreich liegen die Mediane zwar

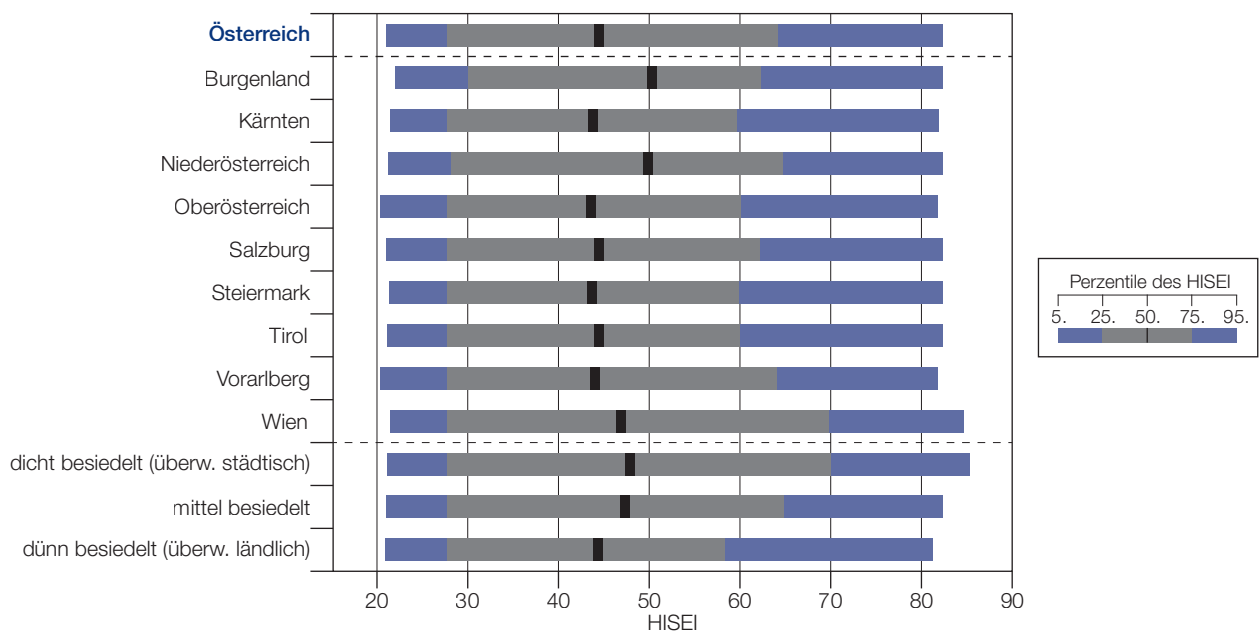
Abb. A3.c: Höchster beruflicher Status der Eltern in der Volksschule nach Migrationshintergrund (2015)



Anmerkungen: Beruflicher Status nach ISCO-08. Nicht dargestellt sind 0,5 % der Eltern, welche in die Kategorien Hausmann/Hausfrau, in Ausbildung, Angehörige/r der regulären Streitkräfte und arbeitslos fallen. *Migrationsstatus nach BIST-Definition. Einheimisch sind Kinder, von denen wenigstens ein Elternteil in Österreich oder Deutschland geboren ist.

Quelle, Berechnung und Darstellung: BIFIE (BIST-Ü-D4 2015).

Abb. A3.d: Sozioökonomischer Status der Familien von Volksschulkindern nach Bundesland und Urbanisierungsgrad (2015)



Anmerkungen: HISEI = Highest International Socio-Economic Index of occupational status nach ISCO-08. Werte liegen zwischen 16 und 90, weshalb ein verkürzter Skalenbereich dargestellt ist.

Quelle, Berechnung und Darstellung: BIFIE (BIST-Ü-D4 2015).

etwas über jenen Medianen der restlichen Bundesländer. Leichte Spitzen zeigen sich aber lediglich in Wien und dicht besiedelten, überwiegend städtischen Gebieten, bei denen die oberen Perzentile näher an das theoretische Maximum von 90 (entspricht dem Beruf „Richter/in“) reichen.

A3.3 Migrationshintergrund und Nationalität

Der Anteil der Schüler/innen mit Migrationshintergrund in der Volksschule nahm in den letzten Jahren kontinuierlich zu. Wurde 2010 auf Basis der Baseline-Testung zu den Bildungsstandards noch ein Wert von 17 % geschätzt, lag dieser Anteil 2013 (BIST-Ü-M4) bei 19 % und 2015 bei 20 % (BIST-Ü-D4). Die Zunahme ist vor allem auf den Anstieg der Migrantinnen und Migranten 2. Generation zurückzuführen, also auf Schüler/innen, die selbst bereits in Österreich oder Deutschland geboren sind, deren Eltern aber außerhalb von Österreich oder Deutschland geboren wurden. Wenngleich ein Migrationshintergrund nicht unmittelbar mit Bildungserfolg in Zusammenhang stehen muss, zeigen sich doch indirekte Effekte durch soziale Risikolagen bei Migrantinnen und Migranten, die in den weiteren Kennzahlen dieses Indikators sowie in den Indikatoren des Kapitels D dargestellt werden.

Mehr als 40 % Kinder mit Migrationshintergrund in den Volksschulen Wiens und der dicht besiedelten Gemeinden

In Abbildung A3.e wird ersichtlich, wie sehr sich die Gemeinden nach Urbanisierungsgrad im Hinblick auf den Anteil der Schüler/innen mit Migrationshintergrund unterscheiden. Während in dicht besiedelten, überwiegend städtischen Gemeinden 31 % der Schüler/innen Migrantinnen und Migranten der 2. Generation und 9 % Migrantinnen und Migranten der 1. Generation sind, liegen diese Anteilswerte in dünn besiedelten, überwiegend ländlichen Gemeinden bei 5 % resp. 2 %. Die mittel besiedelten Gemeinden reihen sich konsistent dazwischen ein. Die Stadt Wien übertrifft die Anteilswerte der dicht besiedelten Gemeinden, zu denen sie gehört, sogar noch etwas. Die Anteilswerte der weiteren Bundesländer lassen sich weitgehend aus ihrer Gemeindestruktur erklären, nur Vorarlberg weist für ein Bundesland ohne formell dicht besiedelte Gemeinde mit in Summe 18 % einen vergleichsweise hohen Anteil der Volksschüler/innen mit Migrationshintergrund auf.

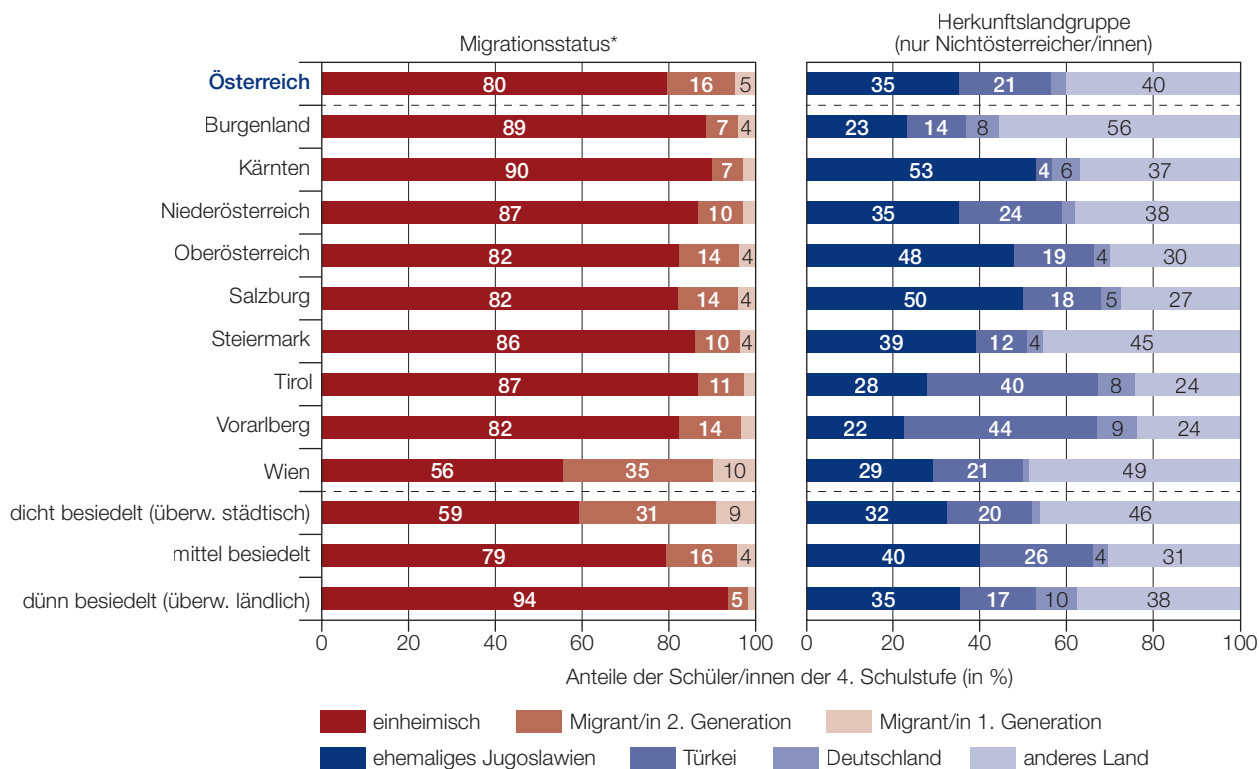
Unterschiede in den Herkunftsregionen von Schülerinnen/Schülern mit Migrationshintergrund in den Bundesländern

Auf der rechten Seite der Abbildung A3.e sind die Anteilswerte für die Herkunftsregionen der Kinder mit Migrationshintergrund verzeichnet. Dabei werden Kinder mit deutschen Eltern im Gegensatz zur BIST-Definition des Migrationsstatus gesondert ausgewiesen. Auffallend hohe Anteile von Familien aus den Staaten des ehemaligen Jugoslawiens haben die Bundesländer Kärnten, Oberösterreich und Salzburg sowie generell mittel besiedelte Gemeinden. Die höchsten Anteilswerte für Familien aus der Türkei finden sich in den westlichen Bundesländern Tirol und Vorarlberg. Das Burgenland, die Steiermark, Wien und generell dicht besiedelte Gemeinden zeichnen sich durch die höchsten Anteilswerte unter Migrantinnen und Migranten aus allen weiteren Ländern aus.

Nationalität im Sinne der Staatsbürgerschaft stark von zeitgeschichtlichen Entwicklungen abhängig

Aus der Gesamtevidenz der Schüler/innen ab 2006/07 ist zu entnehmen, dass in der österreichischen Primarstufe (inkl. Vorschulstufe und Sonderschulen) Schüler/innen aus etwa 150 verschiedenen Nationen unterrichtet werden (Minimum: 147 verschiedene Nationen im Jahr 2006/07, Maximum: 158 im Jahr 2015/16). In Abbildung A3.f ist der Verlauf der Anteilswerte von Staatsbürgerschaften (außer Österreich) der Schüler/innen in der Primarstufe dargestellt. Im Vergleich zum Migrationsstatus, wie er in *Large-Scale-Assessment*-Studien erfasst wird, fällt auf, dass das Merkmal Staatsbürgerschaft stärker mit den zeitgeschichtlichen Entwicklungen der Migrationsbewegungen zusammenhängt. So nehmen seit 2006/07 die Anteilswerte der Schüler/innen mit der Staatsbürgerschaft eines Staates des ehemaligen Jugoslawiens sowie der Türkei kontinuierlich ab, während die Staatsbürgerschaften aus der EU-27 bzw. des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) und aus weiteren, nicht kategorisierten Staaten kontinuierlich zunehmen. Dies liegt daran, dass die Kinder der klassischen Gastarbeiterländer bereits in Österreich geboren sind (Migrantinnen und Migranten 2. Generation) und die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen.

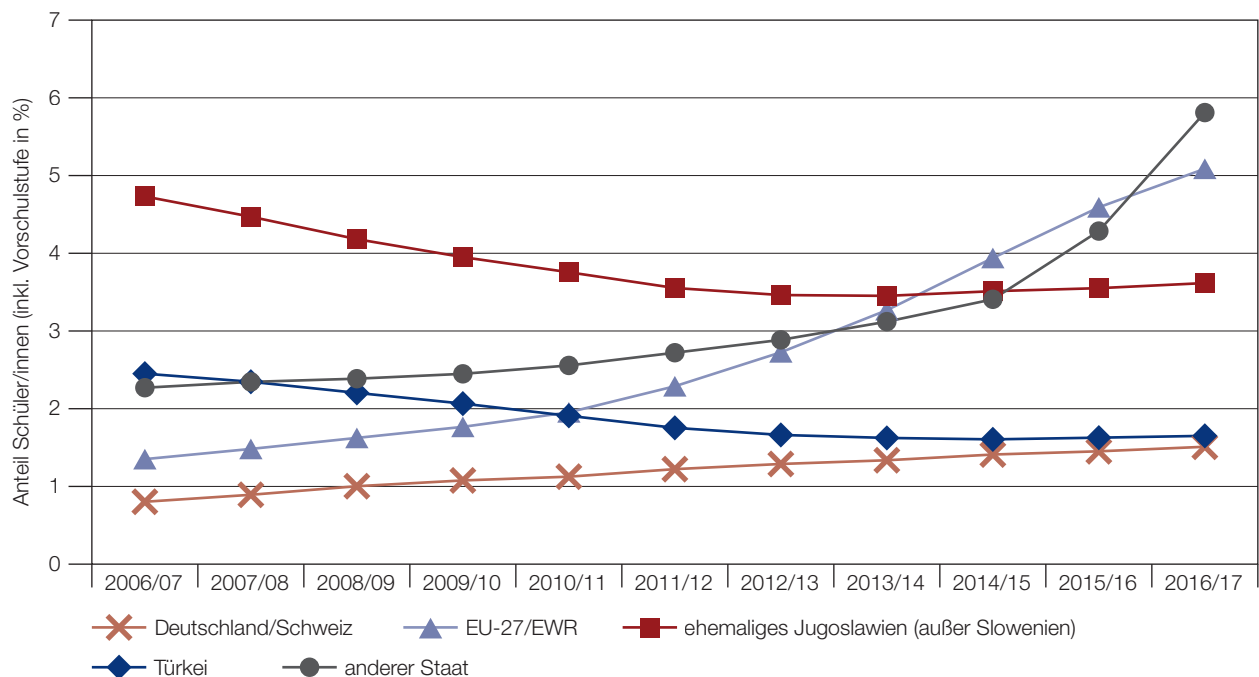
Abb. A3.e: Migrationsstatus und Herkunftsland von Volksschulkindern nach Bundesland und Urbanisierungsgrad (2015)



Anmerkungen: *Migrationsstatus nach BIST-Definition. Einheimisch sind Kinder, von denen wenigstens ein Elternteil in Österreich oder Deutschland geboren ist.

Quelle, Berechnung und Darstellung: BIFIE (BIST-Ü-D4 2015).

Abb. A3.f: Nationalitäten in der Primarstufe im Zeitverlauf (2006/07 bis 2016/17)



Quelle: Statistik Austria (Schulstatistik). Berechnung und Darstellung: BIFIE.

A3.4 Mutter- bzw. Alltagssprache der Schüler/innen

In der öffentlichen Wahrnehmung ist in den letzten Jahren die Sprachlichkeit von Schülerinnen und Schülern vermehrt in den Blick gerückt. Der Unterrichtssprache Deutsch³ ausreichend folgen zu können, wird als wesentliche Grundlage für den Bildungserfolg gesehen und diverse Reformprojekte widmen sich diesem Thema. Informationen über die tatsächliche Deutschkompetenz von Schülerinnen und Schülern beim Schuleintritt liegen bis dato nicht vor. Approximativ werden Schüler/innen bzw. Eltern nach den Muttersprachen bzw. den im Alltag gebrauchten Sprachen des Kindes befragt. Damit lassen sich Schüler/innen in drei Kategorien klassifizieren: a) nur Deutsch, b) Deutsch und eine oder mehrere andere Sprache(n) sowie c) nur eine oder mehrere andere Sprache(n) (kein Deutsch).

Etwa 40% der Volksschüler/innen in Wien und dicht besiedelten Gemeinden haben Deutsch nicht als Muttersprache

Österreichweit haben 2015 unter den Schülerinnen und Schülern der 4. Schulstufe der Volksschule 72 % ausschließlich Deutsch als Muttersprache, 9 % Deutsch und eine oder mehrere andere Sprache(n) und 19 % ausschließlich eine oder mehrere andere Sprache(n) (Abbildung A3.g). Der Anteil an Schülerinnen und Schülern, die ausschließlich eine oder mehrere andere Sprache(n) als Muttersprache haben, ist nach Bundesländern bzw. Urbanität unterschiedlich ausgeprägt. Während in dünn besiedelten, überwiegend ländlichen Gemeinden der Anteilswert mit 6 % sehr gering ist, liegt er in dicht besiedelten, überwiegend städtischen Gemeinden mit 38 % mehr als sechsmal so hoch. Wien übertrifft die dicht besiedelten Gemeinden, zu denen es gehört, noch um weitere vier Prozentpunkte. Es gilt zu bedenken, dass die Bildungsstandarderhebung nur einen Teil der österreichischen Schülerschaft abbildet⁴ und zu erwarten ist, dass die Anteilswerte von Kindern ohne deutsche Muttersprache unter den von der Überprüfung – vor allem aufgrund eines a. o. Status – ausgenommenen Schülerinnen und Schülern wesentlich höher liegen (vgl. dazu Kennzahl C5.4).

Auf der rechten Seite der Abbildung A3.g sind die Muttersprachen (außer Deutsch), zusammengefasst in Gruppen, für Österreich, die Bundesländer und Urbanisierungsgrade dargestellt. Die Unterschiede folgen dabei der demografischen Struktur nach anerkannten Minderheitssprachen (im Burgenland, in Kärnten und der Steiermark) sowie den Herkunftsländern von Migrantinnen und Migranten, wie sie in Kennzahl A3.3 präsentiert werden.

Die sprachliche Vielfalt in der Primarstufe steigt kontinuierlich an

Nach der Gesamtevidenz der Schüler/innen seit 2006/07 werden in der österreichischen Primarstufe Schüler/innen unterrichtet, die mehr als 80 verschiedene Alltagssprachen sprechen. Dabei sind amtliche Sprachen gemeint, wie sie in Listen des zuständigen Ministeriums geführt werden. Eine breitere Vielfalt an Sprachvarietäten und Dialekten darf besonders bei den nichteuropäischen Sprachen vermutet werden. Abbildung A3.h zeigt die Anteilswerte von Gruppen der in der Gesamtevidenz erstgenannten Sprachen (außer Deutsch) im Zeitverlauf von 2006/07 bis 2016/17. Dabei ist die starke Zunahme von nicht weiter klassifizierten Sprachen außerhalb der für Gastarbeitermilieus typischen Sprachen auffallend, während Türkisch und Bosnisch/Kroatisch/Serbisch stagnieren.

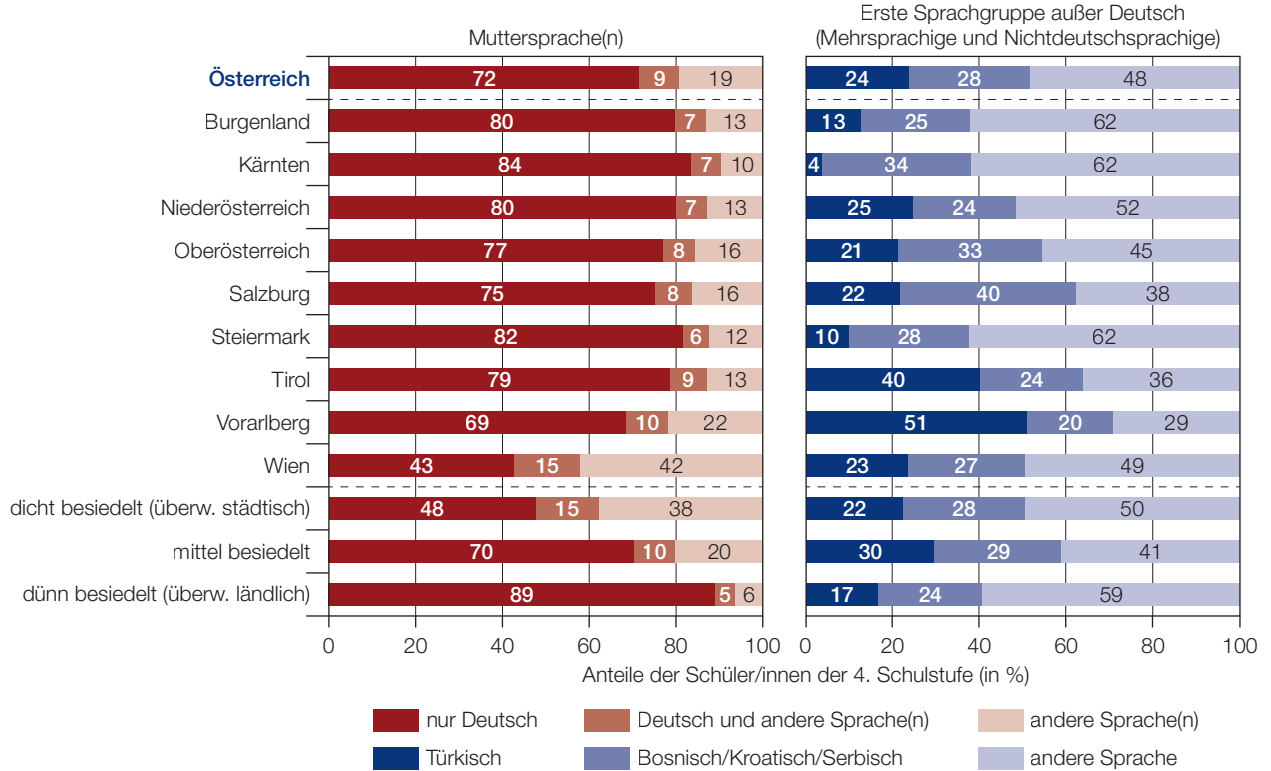
A3.5 Kumulation sozialer Risiken

In den Kennzahlen A3.1 bis A3.4 wurden soziale und familiäre Herkunftsmerkmale der Volksschüler/innen getrennt behandelt. Zwischen diesen bestehen aber vielfältige Zusammenhänge, so geht etwa ein niedriger Berufsstatus der Eltern häufig mit geringer formaler Bildung selbiger einher. Abbildung A3.i versucht ein Gesamtbild möglicher Risikofaktoren für den Bildungserfolg von Kindern zu zeichnen. Dabei werden drei Merkmale herangezogen: a) Eltern mit maximal Pflichtschulabschluss, b) niedriger Berufsstatus der Eltern (Kategorie „Hilfsarbeitskräfte, Anlagenbediener/innen und Monteure/Monteurinnen“) und c) nichtdeutsche

³ Zu den Ausnahmen in der Unterrichtssprache siehe § 16 SchUG.

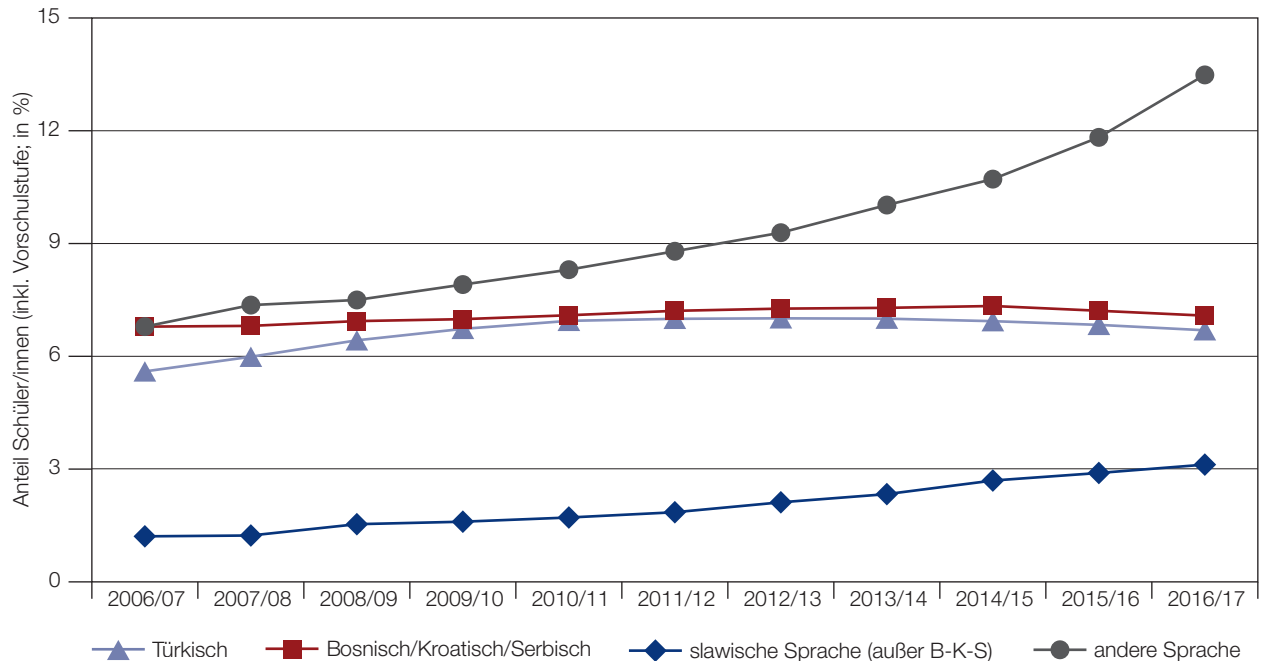
⁴ Bei der Überprüfung der Bildungsstandards in Deutsch 2015 wurden 4,9 % der Schüler/innen in Österreich ausgenommen (davon 1,2 % aufgrund eines a. o. Status).

Abb. A3.g: Muttersprache(n) der Volksschüler/innen nach Bundesland und Urbanisierungsgrad (2015)



Quelle, Berechnung und Darstellung: BIFIE (BIST-Ü-D4 2015).

Abb. A3.h: Alltagssprachen in der Primarstufe im Zeitverlauf (2006/07 bis 2016/17)



Anmerkung: Seit dem Schuljahr 2008/09 sind bis zu drei Sprachangaben möglich. Da diese Möglichkeit nicht in allen Bundesländern genutzt wird, ist hier lediglich die erstgenannte Sprache dargestellt.

Quelle: Statistik Austria (Schulstatistik). Berechnung und Darstellung: BIFIE.

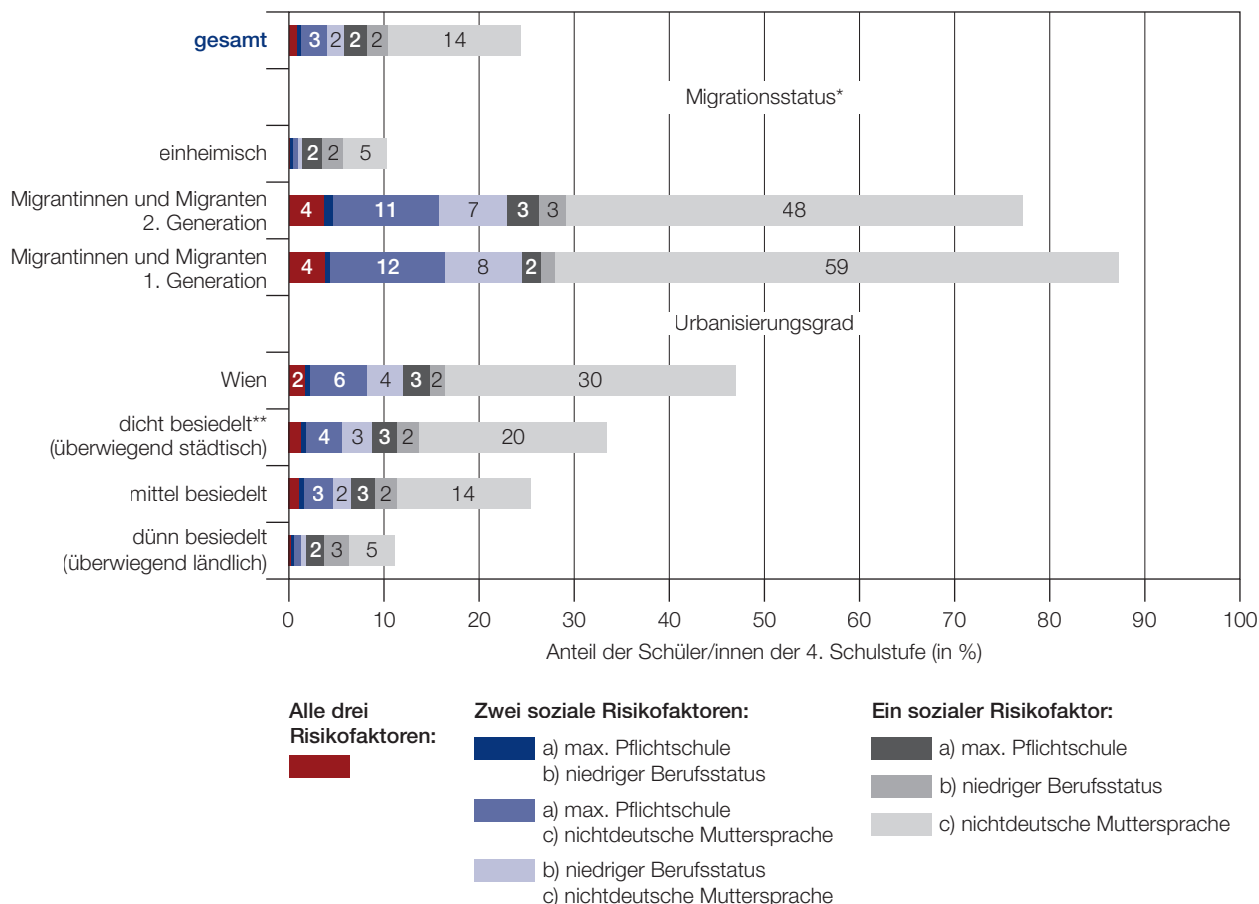
Starke Verdichtung sozialer Risikofaktoren bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund

Muttersprache der Schüler/innen (siehe Kennzahl A3.4). Schüler/innen werden anhand ihrer Ein- oder Mehrfachzugehörigkeit zu diesen Merkmalsgruppen klassifiziert.

Österreichweit fallen 24 % der Volksschüler/innen in wenigstens eine der oben definierten Risikokategorien, darunter nur 1 % in alle drei. Dem Migrationshintergrund an sich wird kein Risiko für den Bildungserfolg *per se* zugeschrieben, vielmehr wird in der Darstellung nach Migrationshintergrund ersichtlich, dass sich unter den Migrantinnen und Migranten der 1., aber auch der 2. Generation häufiger Schüler/innen mit sozialen Risikofaktoren befinden. Es ist dies nicht nur das Merkmal Muttersprache, sondern es sind auch – meist in Kombination mit der Sprache – niedriger Berufsstatus und geringe formale Bildung der Eltern. 4 % der Schüler/innen mit Migrationshintergrund tragen alle drei Risiken für eine erfolgreiche Bildungslaufbahn.

Nach Urbanisierungsgrad der Gemeinden zeigen sich in Abbildung A3.i zudem Unterschiede zugunsten der dünn besiedelten, überwiegend ländlichen Gemeinden, in denen sich kaum Schüler/innen mit Mehrfachrisiken befinden (2 % mit zwei Risikofaktoren, 0,2 % mit allen drei Risikofaktoren). Hingegen zeigt Wien – welches in dieser Darstellung aufgrund seiner Besonderheit aus den dicht besiedelten Gemeinden ausgenommen wurde – die höchsten Anteilswerte von Schüler/innen mit zwei (10 %) oder drei Risikofaktoren (2 %). Die weiteren dicht besiedelten sowie die mittel besiedelten Gemeinden reihen sich dazwischen konsistent ein.

Abb. A3.i: Anteil der Volksschüler/innen mit Ein- und Mehrfachrisikofaktoren nach Migrationsstatus und Urbanisierungsgrad (2015)



Anmerkungen: *Migrationsstatus nach BIST-Definition. Einheimisch sind Kinder, von denen wenigstens ein Elternteil in Österreich oder Deutschland geboren ist. **Urbanisierungsgrad „dicht besiedelt (überwiegend städtisch)“ ohne Wien.

Quelle, Berechnung und Darstellung: BIFIE (BIST-Ü-D4 2015).

Literatur

Card, D. (1999). The causal effect of education on earnings. *Handbook of Labor Economics* (Band 3, S. 1801–1863). Elsevier. [https://doi.org/10.1016/S1573-4463\(99\)03011-4](https://doi.org/10.1016/S1573-4463(99)03011-4)

Clark, D. & Royer, H. (2013). The effect of education on adult mortality and health: Evidence from Britain. *American Economic Review*, 103 (6), 2087–2120. <https://doi.org/10.1257/aer.103.6.2087>

Cohen, D. & Soto, M. (2007). Growth and human capital: good data, good results. *Journal of Economic Growth*, 12 (1), 51–76. <https://doi.org/10.1007/s10887-007-9011-5>

Europäische Kommission. (2010). *Mitteilung der Kommission. Europa 2020. Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum*. Verfügbar unter https://bmbwf.gv.at/fileadmin/user_upload/europa/bologna/Strategiepapier_Europa_2012.pdf

Lochner, L. & Moretti, E. (2004). The effect of education on crime: Evidence from prison inmates, arrests, and self-reports. *American Economic Review*, 94 (1), 155–189. <https://doi.org/10.1257/000282804322970751>